

Stopp den Masseneinbürgerungen!



*Gedanken zur
Abstimmungs-
vorlage von
Adrian Pulver,
Mitglied SD-
Parteileitung
Schweiz, Bern*

Vor fast vier Jahren, am 26. September 2004, hatte das Schweizer Stimmvolk zum letzten Mal die Möglichkeit, sich im Zusammenhang mit der Einbürgerungsfrage zu äussern. Damals wurde sowohl die erleichterte Einbürgerung für die zweite Generation als auch der automatische Bürgerrechtserwerb der dritten Generation von ausländischen Staatsbürgern mit 56,8%, respektive 51,6%, abgelehnt. Die Mehrheit vertrat demnach die Meinung, dass infolge hohem Ausländeranteil eine Integration zunehmend schwieriger wird. Tiefe Hürden erlauben lediglich ein ungenügendes Verfahren, wobei

POSTCODE 1

AZB 3806 Bönigen

individuelle Massstäbe verunmöglicht werden. Somit begünstigt man missbräuchliche Einbürgerungen. Mit der am 1. Juni 2008 zur Abstimmung vorgelegten Einbürgerungsinitiative der SVP will man eine Änderung bei den Beurteilungskompetenzen vornehmen. In manchen Kantonen wird den Gemeinden vorgeschrieben, welche Instanz über das Verfahren entscheidet. Nun soll aber jede Kommune

selbst darüber befinden dürfen. Danach wird der entsprechende Entscheid endgültig sein.

Worum geht es?

Da die Einbürgerung grundsätzlich den letzten Schritt zur definitiven Integration in die hiesige Gesellschaft darstellt, handelt es sich um politisches Recht, wobei das Volk ganzheitlich oder zumindest angemessen entscheiden kann. Im Rahmen der Einbürgerungskompetenz muss jedoch eine Lösung, die den Antragssteller vor Willkür schützt, garantiert werden. In kleinen Gemeinden sollte die Entscheidungsvollmacht im Sinne der direkten Demokratie bei der Gemeindeversammlung liegen. Aufgrund der geringen Bevölkerungszahl ist eine persönliche Bekanntschaft zum Antragssteller vorhanden, wodurch sich diese Methode am besten eignet. Über die Volksschule, die Dorfvereine oder die Begegnung in der Freizeit machen sich die Einwohner ein Bild über deren Lebensalltag. Somit kann die Gesellschaft eine individuelle Integration selbst beobachten und dies erleichtert bei einer erfolgten Einbürgerung das Zusammenleben ohne Komplikationen. Andererseits müssen die Kandidaten bei Nichterfüllung der Bedingungen ihre Lebens- und Verhaltensweise überdenken und die erforderlichen Hausaufgaben tätigen. In bevölkerungsreichen Gemeinden, wo aus Gründen der Effizienz und Bearbeitungslogistik der politischen Geschäfte die Gemeindeversammlung durch das Gemeindeparlament ersetzt wird, erscheint die sinnvolle Kompetenzverteilung schwieriger. Je nach Kanton und Gemeinde bestehen folgende Modelle: Die Beurteilung durch die Exekutive oder der Legislative (Gemeindeparlament), die Bestimmung durch eine parlamentarische Fachkommission oder der Urnenentscheid mittels Volksabstimmung. Hierbei gilt es, eine



Kombination zwischen Volkskompetenz und der Fähigkeit einer sachlichen Bestimmung zu gewährleisten. Das Stimmvolk wählt eine separate Einbürgerungskommission, die parteipolitisch ausgewogen zusammengesetzt ist. Somit bleibt die Mitentscheidung beim Volk und der Willkürschutz ist garantiert. Weiter sieht die Initiative einen absoluten Entscheid vor. Dabei ist ein Rekursrecht gegen einen negativ ausfallenden Beschluss ausgeschlossen. Ein

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 Totalprivatisierung des Gesundheitswesens?
- 4 Wir Bürger als Marionetten?
- 5 SD-Büchermarkt
- 6 Multikulturell = Multikriminell
- 7 Sparsame Kleinwagen vor «Offroader»!
- 9 Abdankung des Schweizer Volkes?
- 11 Aus den Kantonen

Stopp den Masseneinbürgerungen!

Fortsetzung von Seite 1

Volksentscheid kann bei einer ordentlichen Wahl eines Gremiums genauso wenig durch den Kandidaten angefochten werden. Dieser Umstand ist durch die Verwendung von politischem Recht zu erklären.

Rechtliche Bedenken sind nicht stichhaltig

Die rot-grüne und liberale Gegnerschaft stuft die Initiative aus diversen Gründen als rechtswidrig ein. Die Bürgerrechtsregelung bezeichnet sie als herkömmlichen verwaltungsrechtlichen Akt. Demzufolge sollte ein unbeschränktes Rekursrecht bestehen, ansonsten die europäische Menschenrechtskonvention verletzt wird. Fakt ist aber, dass bei politischen Rechten und somit auch im Rahmen von obligaten Parlaments- und Regierungswahlen kein direktes juristisches Instrument zur Urteilsanfechtung besteht. Zum einen können die Kandidaten im Falle einer Nichtwahl das Resultat nicht anfechten und zum andern besteht die Möglichkeit, erneut ein Einbürgerungsgesuch zu stellen. Die entsprechenden formellen Details, wie zum Beispiel die Frist nach dem negativen Entscheid, werden durch das Gesetz und die Verordnung geregelt. Zudem kann eine zum Zeitpunkt unabhängige Partei jederzeit Beschwerde führen, was im Fall der Ersatzwahl von Christoph Neuhaus (SVP) in die Berner Kantonsregierung geschehen ist. Einzelne Privatpersonen mokierten sich hierbei ob der konkurrenzlosen Einzelkandidatur! Zweitens soll die Initiative gegen zwingendes Völkerrecht verstossen. Dabei bekräftigte sogar der Bundesrat, dass Bestimmungen wie etwa das Verbot von Folter oder Sklaverei nicht beeinträchtigt werden. Neben fehlender Respektierung von internationalen Rechtsgrundlagen und den darauf basierenden verfassungsmässigen Grundsätzen erwähnen die Gegner auch die mangelnde Notwendigkeit infolge revidiertem Bürgerrechtsgesetz auf nationaler Ebene. In der Tat haben sich die Kantone den vorgegebenen Freiraum zu Nutzen gemacht und Verschärfungen zu Lasten des Souveräns beschlossen. So wurde im Kanton Bern die Gemeindeversammlung entmachtet und die Einbürgerungskompetenz dem Gemeinderat übertragen. Damals schon verfielen die liberalen und progressiven Mehrheitskräfte dem fragwürdigen Bundesgerichtsentscheid aus dem Jahr 2003, wodurch Entscheide begründet werden müssen. Kurz darauf wurde

diese Initiative lanciert. Tatsächlich lässt sie aber die Möglichkeit einer Begründung offen, womit die demokratische Legitimation einmal mehr unbestritten ist. Denn auch ohne Begründung wurde nur selten ein Antrag abgelehnt. Selbstverständlich hat sich diese Tatsache bis zum heutigen Zeitpunkt noch verstärkt, sodass die Anzahl beschlossener Einbürgerungen massiv zugenommen hat. Letztlich bleibt der von freisinnigen Kreisen formulierte Gegenvorschlag. Bereits in der Verfassung setzt man dabei eine Begründung voraus. Sie würde mittels Ablehnungsantrag in einem Gemeindeversammlungsverfahren garantiert. Dazu kommt die direkte Rekursmöglichkeit des Antragsstellers.

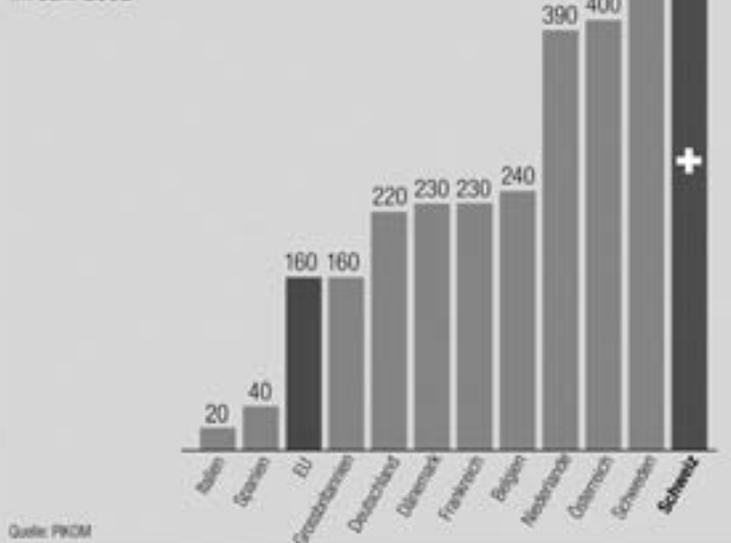
Zu verneinen ist indes, dass die Kompetenzen den Kantonen übertragen würden, was den unzufriedenstellenden aktuellen Zustand zementiert. Die Zuständigkeit der Gemeindeversammlung könnte somit analog den Gegebenheiten im Kanton Bern verhindert werden. Dazu nennt man eine kleine Anzahl notwendiger Daten, die den Stimmberechtigten vorzulegen sind. Die Autoren erwähnen die Staatsangehörigkeit und die Wohnsitzdauer. Hierbei soll die Religionszugehörigkeit verdeckt bleiben, was eine sachliche und ganzheitliche Beurteilung des Kandidaten verunmöglicht. Ansonsten muss der Gegenvorschlag als zu wenig konkret betrachtet werden. Welche Voraussetzungen die «Integration in schweizerische Verhältnisse» (aus dem Text) ausmacht, wird vorenthalten.

Nur die Initiative wird der Wahrheit gerecht

Diese Initiative ist das tauglichste Mittel, um Einbürgerungen im Sinne der Volksrechte sachlich, fair und effizient zu beurteilen. Sowohl der Gegenvorschlag als auch die Einwände der Gegner können nicht überzeugen. Das internationale Recht bleibt gewahrt und die Anliegen der Initiative sind mit der heutigen Regelung keineswegs erfüllt. Im Einbürgerungswesen ist eine föderale Struktur am sinnvollsten und garantiert am ehesten ein konfliktfreies Zusammenleben. Man kennt einander! Daher muss die Kompetenz bei der Gemeindeversammlung oder einer durch das Volk gewählten Kommission (bei grösseren Gemeinden) sein. Die Entscheidungsgrundlagen müssen vollständige Angaben über die Person, das familiäre Umfeld und den ursprünglichen Einwanderungsgrund enthalten. Dabei darf die Religionszugehörigkeit nicht fehlen,

Die Schweiz bürgert am Meisten ein

Anzahl Einbürgerungen pro 100'000 Einwohner, im Jahr 2002



da sie über daraus abzuleitende Sitten, Brauchtum, Moral und kulturelle Gepflogenheiten informiert. Dadurch wird im Falle eines positiven Entscheids eine optimale Einbettung in die hiesige Gesellschaft sichergestellt. Andererseits weisen solche Attribute auf eine ungenügende Assimilierung hin. Das Tragen eines Kopftuchs ist eines vieler Beispiele, weil damit unter anderem die festgeschriebene Gleichstellung zwischen Mann und Frau oft nicht gewährleistet ist. Einbürgerungen aufgrund mangelnder Angaben sind auch ein Grund der stetig steigenden Anzahl von Gesuchten. Der ebenfalls zunehmende Ausländeranteil wird hierbei nicht gesenkt. Die Realität zeigt das Gegenteil und die Überfremdung demonstriert seine allseits negativen Auswirkungen für die gesamte Gesellschaft.

Massive Einbürgerungen um hohe Ausländerzahl zu beschönigen?

Wirksame Integrationsmassnahmen, aber auch Einwanderungsbeschränkungen aller Art wurden bisher ausser Acht gelassen. Vor allem jugendliche Migranten sorgen auch in der Gegenwart für negative Schlagzeilen. Dabei halten sich diese hauptsächlich nur innerhalb ihrer jeweiligen Landsleute auf und importieren die ethnischen Konflikte in den Schweizer Alltag. Schlägereien zwischen Serben und Kosovaren stellen mancherorts die Tagesordnung dar. Diese Gebiete bilden gemeinsam mit dem restlichen Balkan und der Türkei den prozentual höchsten Anteil sämtlicher Einbürgerungen. Es sind dies über 50%. Allgemein muss die Einbürgerungspraxis den aktuellen Verhältnissen der multikultu-

rellen Gesellschaft angepasst werden. Jedes Jahr werden soviel Personen eingebürgert, wie die Stadt Luzern Einwohner zählt, nämlich deren 50 000. Auch im internationalen Vergleich liegt die Schweiz an der Spitze: Im Jahr 2002 wurden pro 100 000 Einwohner 530 Personen eingebürgert. Auf dem zweiten Platz folgt Schweden mit 490; gefolgt von Österreich mit 400 Eingebürgerten. Mit dieser Initiative verhelfen Sie einer restriktiven, aber zugleich fairen Verfahrensmöglichkeit zum Durchbruch. Die Volksrechte als Garant einer optimalen Integration werden dabei gesichert. Dazu kann man den automatischen und ungenügend beurteilten Verfahren Abhilfe verschaffen und Missbräuche reduzieren.

Legen Sie am 1. Juni 2008 ein JA in die Urne!

Quelle: www.einbuengerungen.ch

Anzeige

Ein tolles Ansteckerherz (rot) mit Schweizerkreuz

CH-Herz (17 mm breit) gehört doch zu jedem echten Schweizer Demokraten!



In Couvert Fr. 10.– legen und senden an SD Thurgau, Postfach 656, 8501 Frauenfeld (Absender nicht vergessen)
Per A-Post erhalten Sie 2 Stück!
Grössere Stückzahlen möglich und zu tieferen Preisen! Tel. 052 765 12 16

Abstimmungsvorlage vom 1. Juni:

Totalprivatisierung des Gesundheitswesens?



Markus Borner,
Präsident SD-
BS, e. Grossrat,
Basel

«Für Qualität und Wirtschaftlichkeit der Krankenversicherung» nennt sich der «positiv» erscheinende Titel der Abstimmungsvorlage, über die der Souverän zu entscheiden hat. Es handelt sich um einen Verfassungsartikel. Die Sache ist jedoch hart umstritten. Es gibt genug Gründe dagegen!

Im Jahr 2004 reichte die SVP die Volksinitiative «Für tiefere Krankenkassenprämien in der Grundversicherung» ein. Deren Ziel war eine Prämienenkung und folgedessen auch eine **Reduktion der Leistungen!** Beide Räte verabschiedeten sodann in ungewohnt raschem Vorgehen den erwähnten Verfassungsartikel. Aufgrund dieses Verfassungsartikels zog die SVP ihre Initiative zurück, da die Konsequenzen dieser Vorlage eben auch zu einem «billigeren» Krankenversicherungswesen führen würden.

Was enthält der neue Verfassungsartikel?

Bis anhin war das schweizerische Gesundheitswesen mittels Gesetzen und Verordnungen geregelt. 1996 hiess das Schweizer Volk in einer eidgenössischen Abstimmung das stark umstrittene Krankenversicherungsgesetz (KVG) gut. Heute erklären sogar Fachleute des Gesundheitswesens, dass dieses KVG eben nicht die erwarteten Resultate gebracht hat, insbesondere nicht bei der Qualitätssicherung und der Kostendämpfung! Im zur Abstimmung vorliegenden Verfassungsartikel werden (in Mode gekommene!) Absichten und Vorgaben präsentiert, wie etwa: «mehr ... Wirksamkeit, Zweckmässigkeit, Wirtschaftlichkeit, Wettbewerb, Qualitätssteigerung und Transparenz!». Man darf sich fragen, ob denn in der Vergangenheit im Gesundheitswesen nur ziel- und niveaulos «draufgewurstelt» worden ist? Gewiss, Fehler wurden gemacht, aber dass dann gleich jeder «Patient» in die Intensiv-Station verlegt wird, ist gewiss ein Fehl-

entscheid! Gut bürgerliche Kreise behaupten, dass «Wettbewerb» der zentrale Motor jeder Volkswirtschaft und Marktes sei. **Unzweifelhaft geht diese Vorlage in Richtung Total-Privatisierung des Gesundheitswesens – und wenn nicht heute, dann sicher morgen!** Die Leistungen der Grundversicherung sollen abgebaut werden und demgegenüber würden teure Zusatzversicherungen (für die Besserverdienenden!) zum Zuge kommen!



Arzt oder Buchhalter – was wollen wir?

Dass die «Gesundheitsdirektorenkonferenz» der Kantone diese Vorlage auch ablehnt, erstaunt nicht. Den Kantonen sollen die Flügel gestutzt werden, indem künftig nicht mehr die Kantone das Gesundheitswesen, d.h. etwa 50 Prozent der durch die Spitäler entstehenden Kosten, mitfinanzieren, sondern **nur noch die Krankenkassen.** Bis anhin kontrollierten die Kantone (Regierungen und Parlamente) 8 Milliarden Franken, die alljährlich Richtung Spitäler abfliessen. Nun sollen die Krankenkassen in eigener Regie über diese Gelder und deren Ausschüttung entscheiden können. **Dies so ganz ohne demokratisches Mitspracherecht der Öffentlichkeit!**

Die ganze Sache läuft auf eine Zweiklassenmedizin hinaus. So würde auch die spitalexterne Pflege, wie die Spitex, kürzer treten müssen. Sparen (am falschen Ort) wäre angesagt! Ein Ja zu dieser Vorlage würde in naher Zukunft der sogenannten Rationierung im Gesundheitswesen Tür und Tor öffnen. Weshalb denn eine solche Vorlage? Sie soll den Boden vorbereiten (eben mit dem Verfassungsartikel!), damit spätere harte, unsoziale Massnahmen im Gesundheitswesen mit weniger Widerstand durchgezogen werden können!

Die Wahrheit schnörkellos dargestellt

Artikel 117.3/b: «Die **Eigenverantwortung der Versicherten wird gefördert**», heisst im Klartext: Raucher werden sehr schwierigen Zeiten entgegen gehen; übergewichtige Menschen ebenso. Wer keinen Sport treibt, dem ergeht es nicht besser!

Artikel 117.4: «Der Bund **kann** die Krankenversicherung **allgemein oder für einzelne Bevölkerungsgruppen obligatorisch erklären**». In verständliches Deutsch übersetzt heisst dies: Heute gilt (noch) das Krankenkassenobligatorium. Später aber womöglich etwas anderes... Wir würden bald im Gesundheitswesen Zustände wie in den USA bekommen: Versicherte, glückliche Menschen und Nicht-oder nur unzureichend Versicherte, also finanziell arme Menschen! Es muss auch angefügt werden, dass eine Gesundheitspolitik, in der die «Kostenschraube» massiv angezogen wird und teure Zusatzversicherungen ins Spiel kommen, dahin führt – insbesondere bei Haus- und Spezialärzten – dass diese lieber gutversicherte Patienten betreuen werden (da hier noch etwas verdient werden kann). Die Ärzte werden aufgrund des Kostendrucks ja zu diesem Verhalten getrieben, da sie doch ihre eigene Praxis aufrecht erhalten möchten. Auch problembeladene Patienten würden schwierigeren Zeiten entgegen gehen. Wer wird diese noch verarzten wollen?

Die Entsolidarisierung der Gesellschaft schreitet immer mehr voran: Der Bundesrat und die Parlamentsmehrheit in Bern fördern dies auch noch!

Wir fordern das Todesurteil für diese Verfassungsvorlage!

In dieser Vorlage bedeuten Formulierungen wie – «kostengünstig» und «höhere Qualität» alles andere als eine Gesundung des Gesundheitswesens. Verlangen Sie von einem Bäcker ein in der Qualität (noch) besseres Brot, dazu noch grösser – und dies alles zu einem geringeren Preis! Haben Sie sodann, mit dieser Forderung etwa im «Bäcker» einen neuen «Freund» gefunden? Eine breite Front von Parteien und Organisationen lehnen diese Vor-



Kann sich in Zukunft ein Jeder noch ein ordentliches Spitalzimmer leisten?

lage – zugegeben aus unterschiedlichsten Beweggründen – ab. Nein sagen etwa: Die Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte (FMH), Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK), Schweizerische Patienten-Organisation (SPO), Stiftung für Konsumentenschutz (SKS), Pro Mente Sana, Krebsliga Schweiz, FDP-Kantonalparteien Waadt und Genf und alle Linksparteien unisono! Die schweizerischen FDP-Delegierten hiessen am 18. April in Bern mit 110:81 Stimmen (bei 22 Enthaltungen!) diese Vorlage nur **knapp gut**. Einer ihrer Hauptprotagonisten erklärte: «Diese Vorlage ist **unnötig, denn sie regelt, was bereits im revidierten KVG steht!**».

Bei der FDP handelt es sich um eine der bürgerlichen Parteien, deren Parlamentarier den zur Abstimmung vorliegenden Verfassungsartikel «zu Tode operiert» haben. Eine solche Vorlage gehört eingesargt und beerdigt. **Deshalb NEIN zu diesem untauglichen Verfassungsartikel!**



Wir Bürger als Marionetten?



Dr. Markus Erb,
Präsident
«Bürger für
Bürger», Zürich

Um diese Frage geht es bei der am 1. Juni 2008 zur Abstimmung kommenden Initiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda». Es geht um Gewaltenteilung und um freie Meinung, um die Respektierung unserer durch Verfassung und Gesetz garantierten Rechte.

Immer deutlichere Dominanz von Bundesrat und Verwaltung im Abstimmungskampf verdrängt die sachliche Information. Die einseitige Präsenz der Behörde ist allgegenwärtig; auf der Strasse in Talkshows, Interviews im Bundesbüchlein usw. Es sind nicht mehr die Parteien, welche die Abstimmungskämpfe führen, sondern die Exekutive mit ihren «Informations»-Spezialisten aus dem Bundeshaus. Das verletzt unsere freie Meinung.

Ganz anderer Meinung ist Bundesrätin Micheline Calmy-Rey. Sie behauptet, eine Regierung müsse ihre Entscheide gegenüber der Bevölkerung verteidigen und erklären. Sie müsse regieren, darum heisse sie auch Regierung. Das gelte in der direkten Demokratie der Schweiz vor Volksabstimmungen ganz besonders (Basler Zeitung vom 28./29. August 2004). Muss das Volk regiert werden?

In der Tat. Wir erinnern uns noch gut an den bundesrätlichen Ausruf «Wir müssen gewinnen!» und wie zukunftsweisende Vorlagen mit Steuermillionen «gebodigt» wurden. Für den Erfolg der Regierung sorgt ein Heer von 750 Kommunikationsbeauftragten. Dieses zieht im Stillen seine Fäden nach allen Richtungen, während Bundesräte pflichtvergessen im Land herumziehen um uns Bürgerinnen und Bürger an unsere «staatspolitische Verantwortung» erinnern. Die Initiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda», die jetzt am 1. Juni 2008 endlich zur Abstimmung gelangt, ist dringend notwendig geworden. Sie erinnert den Bundesrat an seine Pflichten.

Informieren oder am Gängelband führen?

Zur freien Meinung gehört, dass Vor- und Nachteile einer Vorlage dargelegt werden. Das geht natür-

lich nicht, sagt Bundesrätin Micheline Calmy-Rey. Damit gäbe ja der Bundesrat ein Bild völliger Zerrissenheit und Unentschlossenheit ab. Wenn die Regierung die Vor- und Nachteile besprochen und schliesslich einen Entscheid im Interesse des ganzen Landes gefällt habe, dann könne sie diesen Entscheid nicht gleich wieder relativieren, sonst könnten die Leute keine klare Haltung der Regierung mehr erkennen. (Basler Zeitung vom 28./29. August 2004). Entschieden nicht das Volk darüber, was im Interesse des ganzen Landes liegt? Wir hören also nur die halbe Wahrheit! Ist das nicht Manipulation?

Diese Manipulation kann anhand der PR-Kampagne gegen die Eidgenössische Volksinitiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda» sehr gut beobachtet werden: Propaganda ist, wenn falsche Behauptungen und diffamierende Schlagwörter in die Welt gesetzt werden, wie zum Beispiel, die Initiative verpasse dem Bundesrat einen «Maulkorb», wolle «Sprechverbote» erlassen oder lasse keine «wirklichen» Informationen mehr zu. Oder wenn getan wird, wie wenn das Volk wolle, dass die Bundesräte im Land herum weibeln, damit es wisse, was der Bundesrat denkt. Wirkliche Information wäre, wenn dargelegt würde, dass bei Annahme der Volksinitiative der Bundesrat weiterhin die Möglichkeit hat, eine Botschaft ans Parlament zu verfassen, in der Parlamentsdebatte zu sprechen und das Bundesbüchlein mit Vor- und Nachteilen über die Vorlage herauszugeben. Oder dass die Initiative – wie in einer Direkten Demokratie üblich – den Bundesrat ermahnt, die Entscheidungen des Souveräns ernst zu nehmen und nicht zu versuchen, die Stimmberechtigten durch Werbekampagnen und einseitige Information in seinem Sinne zu beeinflussen. Gegen eine offene, faire und ehrliche Information hat beileibe niemand etwas einzuwenden. Wenn der Bundesrat dies nur tun würde! Dem ist leider nicht so, wie uns Bundesrat Moritz Leuenberger erklärt. Die Politik werde immer mehr zur Show, und das solle bis zu einem gewissen Grad auch so sein. Denn eine Politik mit Show-Elementen sei auch eine Chance, die Bevölkerung direkt zu erreichen. «Auch ich [Leuenberger] ziehe zwischendurch eine Show ab und verkaufe dadurch meine Politik effizienter» (Thurgauer Zeitung 26.01.2008).

Politik als Showbusiness also? In Bern hat sich zur Vermehrung der Macht in der Tat eine merkwürdige Auffassung von Direkter Demokratie durchgesetzt: Die Regierung sorgt dafür, dass wir Bürger so stimmen, wie sie es wünscht.

Verführung zum «richtigen und guten» Resultat

Ganz offen wird von der Verführung der Stimmbürger gesprochen. Diese sei zwar etwas Doppelbödiges – vor allem in der Politik, meint Bundesrat Moritz Leuenberger. Nach seiner Ansicht kann sie aber «ein legitimes Mittel sein, um seine Ziele durchzusetzen», so z.B.: Militärgesetzvorlage 2001; Abstimmungsetöse: «Die Rechte war dagegen, ein kleiner Teil der Linken ebenfalls. Als sozialdemokratischer Bundespräsident wandte ich mich gegen die diffamierende Kampagne der Rechten und setzte die Kampagne mit der Nein-Parole gleich. Ich errichtete der zweifelnden Linken so eine moralische Barriere, für die Vorlage zu stimmen, weil sie sich sonst im Lager der (rechten) Gegner befunden hätte. (...)

Diese Intervention scheint für die knappe Annahme der Vorlage entscheidend gewesen zu sein, eine Verführung zu einem, wie ich meine, richtigen und guten Resultat also.» («Das Böse, das Gute, die Politik», in NZZ 14.09.02)

Der Bürger als Marionette unserer Regierung?

«Unser Wille geschehe!» titelte die Weltwoche eine derartige Gering-schätzung der Bürgerinnen und Bürger am 15. September 2004. Etwas differenzierter aber nicht weniger klar sieht es Prof. Hansjörg Seiler von der Universität Luzern. «Die Auffassung, die Meinung der Regierung sei die richtige und es gehe in der Volksabstim-

mung nur noch darum, dieser Meinung zum Durchbruch zu verhelfen, negiert die demokratische Gleichberechtigung.» Seiler zieht daraus den Schluss, dass Unfreiheit droht, wenn eine Regierung für sich beansprucht, die «richtige» Meinung zu vertreten.

Die Bürger, Marionetten zur Bestätigung der «richtigen» Meinung unserer Regierung? Dagegen wehren wir uns!

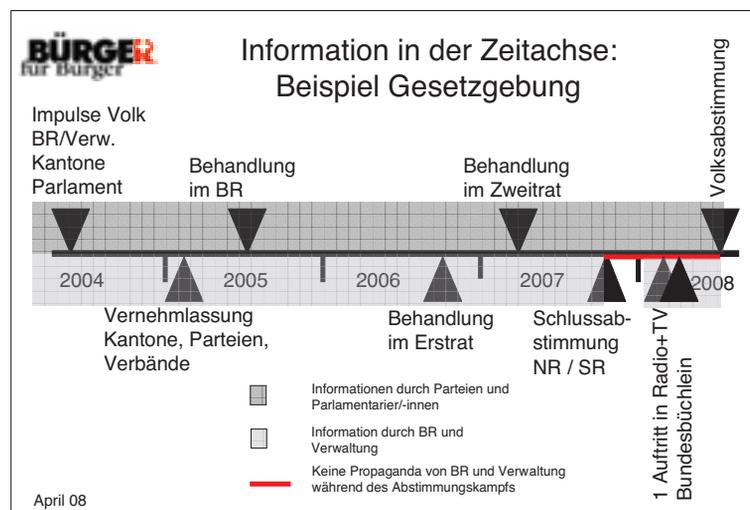
Es wäre schlimm, wenn es rühri-gen Befürwortern von Macht und Zentralismus gelänge, unsere freiheitlichen Bestrebungen zu hintertreiben. Wir würden uns nämlich in einer gelenkten «Demokratie» wiederfinden, wo parteiische Bundesräte ihre Abstimmung gegen das Volk gewinnen wollen. So jedenfalls der untaugliche «Gegen-vorschlag» des Parlaments, der mit seinen Übergriffen in die Gewaltenteilung eine Manipulation unserer Meinungsbildung noch deutlich verschärfen, sicher keine Lösung der Probleme bringen würde.

Die Initiative hat gute Chancen

Unsere zukunftsorientierte Volksinitiative «Volkssouveränität statt Behördenpropaganda» wird uns und der Schweiz Freiheit und Direkte Demokratie erhalten. Die Volksinitiative macht unsere Demokratie wieder bürgernah und für alle verständlich. Sie gibt der Direkten Demokratie endlich wieder die ihr zustehende Bedeutung zurück. Das sorgfältig erarbeitete Bürgerrecht schafft klare Verhältnisse und eliminiert überflüssige Behördenpropaganda und fördert so Gerechtigkeit und Frieden im Lande.

Am 1. Juni 2008 werden wir mit einem selbstbewussten JA zur Initiative uns Freiheit und Direkte Demokratie zurückholen.

Weitere Informationen finden Sie unter www.freie-meinung.ch.



Buchbesprechung

Richard Melisch: Der letzte Akt



Die Kriegserklärung der Globalisierer an alle Völker der Welt, Hohenrain Tübingen 2007; 413 Seiten, Fr. 35.90.

Das Buch hinterlässt einen merkwürdig zwiespältigen Eindruck. Auf der einen Seite ist es erfrischend, wie der Verfasser, durch längere Aufenthalte Kenner sowohl des Nahen Ostens als auch der USA, ohne jede Rücksicht auf so genannte politische Korrektheit die Drahtzieher der alles beherrschenden und offiziell von niemand bestrittenen oder auch nur kritisierten Weltpolitik der Globalisierung benennt und offen legt, dabei auch Autoren zitiert und aus dem Halbdunkel holt, die sonst im Hauptstrom der Medien verleumdet oder totgeschwiegen werden. Unter den Kritikern der Globalisierung werden etwa erwähnt die politischen Philosophen Alain de Benoît und Pierre Krebs, aber auch Publizisten wie Patrick Buchanan oder Karl Richter, Chefredaktor von Nation Europa. Dabei steht nicht die US-Regierung im Vordergrund, sondern ein Bündnis von

Wallstreet und Pentagon, welche die tatsächlichen Befehlsgeber sind. Die angebliche Globalisierung ist kein Vorgang, den die Welt erleidet, sondern ein von kaum bekannten Strippenziehern zielstrebig herbeigeführter Zustand einer nur kurzfristig denkenden Interessenclique, vor allem, aber nicht nur eines Erdölkartells. Dass die Massenmigration unter dem Titel Asyl und Fremdarbeiterbeschäftigung ihren Teil abbekommt, versteht sich von selbst. Aber auch die Irakkriege der USA gliedern sich zwanglos in diese Interpretation der jüngeren Geschichte ein. Dann muss man aber auch lesen, die Befürchtung, das Weltklima würde sich durch Menscheneinfluss erwärmen, sei eine neue Religion. Wieso ist es so schwierig darzulegen, dass die Erwärmung des Weltklimas etwas zu tun hat mit der massiven Zunahme der Weltbevölkerung, und dass entsprechend die migrationsbedingte, durch eine verheerende Wirtschaftspolitik herbeigeführte Bevölkerungskonzentration auf Westeuropa die örtliche Umweltzerstörung zumindest mitverursacht?

Jean-Jacques Hegg, e. Nationalrat

Ernst Mühleemann: Augenschein

Als Schweizer Parlamentarier an aussenpolitischen Brennpunkten. Huber Verlag, Frauenfeld 2004 ISBN 3719313506 Gebunden, 405 Seiten, Fr. 38.–



Als Schattenausminister bezeichnete ihn die NZZ. Als Nationalrat forderte er unser Milizparlament, als Diplomat und als Chefrapporteur des Europarates handelte er mit Gorbatschow, Putin und Schewardnaze. Er pendelte als pragmatischer Macher und erfolgreicher Mediator zwischen Bern, Strassburg, Brüssel, Washington, Moskau, dem Balkan und dem Kaukasus: Seine Erinnerungen sind ein Crash-Kurs in europäischer Politik und Zeitgeschichte.

Rezensionsnotiz zu Neue Zürcher Zeitung, 16. Juli 2004:

Der Rezensent mit dem Kürzel «bre» findet durchaus interessant, was der aussenpolitisch umtriebige Schweizer Parlamentarier Ernst Mühleemann in seinen persönlichen Erinnerungen zu berichten hat. Mühleemann hatte sich seinerzeit für die Aufnahme Russlands in

den Europarat eingesetzt und sich auch auf dem Balkan engagiert. Eine Begegnung mit Gorbatschow im Jahre 1981 wurde für ihn zum Wendepunkt seines politischen Lebens. Das Interessante des Buches liegt vor allem darin, dass das Buch trotz der unterhaltsamen Anekdoten, die man darin finden kann, keine «Memoirenliteratur» ist. Vielmehr versucht der Autor aufzuzeigen, «welche Rolle die neutrale Schweiz in der präventiven Diplomatie einnehmen kann – wenn sie denn gewillt ist.» Obwohl das Buch bisweilen etwas «(allzu) extensiv» und oberlehrerhaft daherkommt, überwiegen für den Rezensenten die Vorzüge.

Sensationeller Farbbildband: **1905 – 2005 100 Jahre automobile Fortschritte** Fr. 84.– (über den internationalen Automobilsalon Genf, absolut neuwertig)

Französischer Farbbildband: **Les Capitales du Capital** Fr. 38.– Histoire des places financières internationales 1780 – 2005

SD-Büchermarkt

Der «Schweizer Buchdienst» steht uns Schweizer Demokraten (SD) nahe. So fliessen dann auch 15% des Verkaufspreises der Bücher direkt in die SD-Zentralkasse. **Bestellungen erfolgen unter:** sd-ds@bluewin.ch, Tel. 031 974 20 10 oder Fax 031 974 20 11.

Buchtitel	Autor	Preis
Augenschein (vgl. Buchbesprechung)	Ernst Mühleemann, handsigniert,	Fr. 38.–
Die Schachspirale	Oskar Freysinger	Fr. 38.–
Pulverfass Kosovo	Gérard Schwyn	Fr. 23.20
Der letzte Akt	Richard Melisch	Fr. 35.90
Haider – eine Karriere	Christa Zöchling	Fr. 16.–
Haider's Kampf	Hans-Henning Scharsch	Fr. 19.–
Jörg Haider – Patriot im Zwielicht?	Rolf-Josef Eibrich	Fr. 18.–
Das neue Europa	Roger Liebi	Fr. 8.30
10 Thesen gegen Gross-Europa	Wolfgang Hingst	Fr. 12.–
Die Totengräber unserer Demokratie	Willy Futterkecht	Fr. 12.–
Manneken Pis	Bernhard Müller	Fr. 19.–
(Der gefährliche Gang der Schweiz nach Europa-Edition Hans Erpf)		
Zwischen Globalisierung und Sonderfall	M.-H. Miauton	gratis –!
		beim Kauf eines zweiten Buchtitels
Staatliche Leistungsfähigkeit in globalisierter Gesellschaft	Daniel Brühlmeier	gratis –
		beim Kauf eines zweiten Buchtitels
Die Staatskasse als Beute	Dr. Sven Bradke	Fr. 12.–
(Ein Querschnitt durch die schweizerische Privilegienwirtschaft)		
Lexikon der Öko-Irrtümer	D. Maxeiner/M. Miersch	Fr. 33.–
Im Prinzip Sonne	Th. Nordmann/Ch. Schmidt	Fr. 12.–
(Visionen zum Energiemarkt)		
Im Schatten der US-Mafia	Harry Burger	Fr. 19.–
Neun Kommentare über die Kommunistische Partei Chinas	Epoch Times	Fr. 24.–
Kritik der Menschenrechte	Alain de Benoît	Fr. 19.90
Die Frankfurter Schule	Rolf Kosiek	Fr. 25.–
(und ihre zersetzenden Auswirkungen)		
Der Mythos Marx und seine Macher	Konrad Löw	Fr. 26.80
Der Nationale Sozialismus	Karlheinz Weissmann	Fr. 36.–
(Ideologie und Bewegung 1890–1933)		
Die Interpretation der Neutralität	Jürg Späni-Schleidt	Fr. 22.–
Die Grenzen des Wachstums	Dennis Meadows	Fr. 12.–
Helvetien im Treibhaus	Martie Rebetez	Fr. 19.80
Die Gold-Verschwörung	Ferdinand Lips	Fr. 29.80
Macher im Machtrausch	Günter Ogger	Fr. 15.90
(Manager auf gefährlichem Kurs)		
Die Affäre Kopp	Werner Furrer	Fr. 12.–
Der Ogi	Urs Zurlinden	Fr. 39.90
Geplagt und enteignet	Urs P. Gasche	Fr. 19.50
(Die Süd- und Ostanflüge auf den Flughafen Zürich – und ihre Folgen für die Anwohner)		
Die Freiheit, die ich meine	Gedanken von Jörg Haider	Fr. 25.90
Multikultopia	Stefan Ulbrich	Fr. 19.–
(Gedanken zur multikulturellen Gesellschaft)		
Die Schweizer und die Deutschen	Markus Kutter	Fr. 15.–
Das Ende der Grossen	Leopold Kohr	Fr. 29.–
Kulturführer Schweiz, in Farbe		Fr. 14.–

Hinweis: Einige Bücher sind derzeit vergriffen!

BESTELLTALON

Ich bestelle:

_____ (Anzahl) _____ Buchtitel
 _____ Autor

Name: _____ Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____ Ort: _____

Einsenden an: Schweizer Buchdienst, Postfach 8116, 3001 Bern, E-Post sd-ds@bluewin.ch / Fax 031 974 20 11 / Tel. 031 974 20 10



Multikulturell = Multikriminell



Dr. Dragan
Najman,
e. Grossrat,
Baden

Lächerliche Busse für Ausländer

AZ, 9.2.2008: Das Luzerner Bezirksgericht hat einen 26-jährigen Ukrainer mit Fr. 300.– gebüsst wegen folgender Vorkommnisse: Bei einer Fahrt auf der A2 durch den Reussparktunnel hatte er a) 2,66 Promille Alkohol im Blut; b) Fahren im Tunnel ohne Licht; c) Fahren ohne Vignette. Im Luzerner Vernehmungsprotokoll steht u.a.: «Ich weiss nicht, was ich falsch gemacht habe.»

Meine Meinung: Ein Schweizer hätte mit Sicherheit eine viel höhere Busse erhalten (allein das Fahren ohne Vignette kostet 100 Franken) und ganz selbstverständlich sein Billett auf lange Zeit verloren. Vielleicht hatte der Ukrainer gar keines, sodass man es auch nicht entziehen konnte. Aber eben – wegen des Antirassismogesetzes müssen Ausländer in der Schweiz wohl auch vor Gericht mit weichen Samthandschuhen angefasst werden.

AZ, 20.3.2008: Das Bezirksgericht Kulm hat einen Italiener zu einer Freiheitsstrafe von 2¼ Jahren verurteilt, wovon er aber nur 1 Jahr absitzen muss; der Rest wurde bedingt ausgesprochen. Er hatte

als Kokain-Konsument einem Drogenhändler aus Nigeria das Messer in die Brust gestossen. Laut Gericht soll es reiner Zufall gewesen sein, dass die 10 cm lange Klinge nicht das Herz getroffen hatte. Zu erwähnen ist hier nur noch, dass der 42-jährige Italiener, der bereits als 19-Jähriger in die Schweiz gekommen war, laut «AZ» nur «marginal» Deutsch versteht und spricht; er musste sich alles übersetzen lassen! Diese Tatsache bemängelte sogar die sonst so ausländer- und vor allem italienerfreundliche «Aargauer Zeitung». Als Ausrede erklärte der Italiener: Schliesslich sei die Schweiz ja dreisprachig (wenigstens das wusste er von seiner «zweiten» Heimat) und ausserdem verkehre er fast nur mit Italienern. Es ist höchste Zeit, dass die Schweiz von Ausländern, die hier leben wollen, verlangt, dass sie die Landessprache beherrschen, in welchem Landesteil sie wohnen, bevor sie die Niederlassung erhalten oder gar eingebürgert werden. Viele Länder Europas verlangen bereits eine bessere Integration ihrer Einwanderer (siehe hierzu den Artikel in dieser Zeitung «Seriöse Integrationsverträge – eine gute Idee!»).

AZ, 26.3.2008: «Junger Raser muss ins Gefängnis». So lautete die Überschrift für einen Artikel in der Aargauer Zeitung. Eigentlich müsste es heissen. «...muss endlich...» Der Text beginnt so: Ein aus dem Kosovo stammender Autospengler macht seit Jahren die Aargauer Strassen unsicher (ausnahmsweise nennt die AZ die Nationalität eines Ausländers bereits

am Anfang und nicht – wenn überhaupt – erst ganz am Schluss eines Artikels, die Red.). Hier stichwortartig sein Sündenregister: Der heute 28-Jährige hat offenbar folgendes Motto: «Meine Autos lassen sich auch ohne Papiere fahren!» Der Kosovo-Albaner musste bereits 2002 seinen Lehrfahrausweis abgeben, was ihn nicht daran hinderte, regelmässig diverse Autos zu fahren. Am 31. August 2004 geriet er in Ennetbaden in eine Polizeikontrolle. Er suchte sogleich das Weite (kein Wunder – ohne Führerausweis, die Red.). Er raste mit bis zu 100 km/h durch Ober- und Untersiggenthal (also zirka vier bis fünf Kilometer weit) und erhöhte nach dem Ortsausgang die Geschwindigkeit auf rund 160 km/h, bis er bei Rüfenach (Bezirk Brugg) in einem Maisfeld landete. Ein halbes Jahr später bolzte derselbe Täter über die Kantonsstrasse zwischen Neuenhof und Killwangen mit rund 175 km/h (statt der erlaubten 80). An anderen Tagen war er auch in Baden-Dättwil und Meltingen innerorts zu schnell unterwegs gewesen. Der Fahrausweis konnte ihm nie entzogen werden, da er ja gar keinen besass! (Warum man seine Autos jeweils nicht vor Ort beschlagnahmte, wird wohl für immer ein Rätsel unserer Justiz bleiben! die Red.). Aber nicht nur beim Autofahren selber nahm er das Gesetz in die eigenen Hände; zwischen Januar 2005 und Juni 2006 erschien er beinahe wöchentlich bei verschiedenen Strassenverkehrsämtern und liess zahlreiche Fahrzeuge auf den Namen seiner Mutter in Verkehr setzen. Eine Frage sei hier gestattet: Woher hat dieser Autospengler so viel Geld für alle diese Autos? Auf legalem Weg wohl kaum, aber das interessierte das Gericht offenbar nicht. Erst im Januar 2007 hörte diese Serie auf. Der Mann sass nämlich längere Zeit in Untersuchungshaft! Im September 2007 erhielt er endlich vor Bezirksgericht Uster 12 Monate unbedingt (ein Wunder, dass es kein «Bedingter» war). Vor Obergericht plädierte der Verteidiger auf eine Bewährungsstrafe, zum Glück ohne Erfolg! Aber keine Angst: In 8 Monaten – nach Verbüßung von 2/3 der Strafe – haben wir diesen lieben «Autofahrer» wieder auf unseren Strassen.

NZZ, 8.3.2008: Titel: «Drogenhandel vom Spitalbett aus.»

Ein Mazedonier ist vor Bezirksgericht Zürich zu 10 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt worden. Leider steht im Bericht nirgends, ob bedingt oder unbedingt, aber aus Antirassismusgründen wird es wohl bedingt sein. Eventuell auch

wegen irgend welcher «schwerer Kindheit» oder «traumatischen Erlebnissen» oder was Anwälte (und leider auch Richter) immer wieder als Milderungsgründe vorbringen. Wenn man liest, was dieser 23-jährige Mann alles auf dem Kerbholz hat, sind aber 10 Monate so oder so viel zu wenig. Hier kurz sein «Lebenslauf»: Bereits als jugendlicher wiederholt straffällig geworden wegen Raub und Diebstahl. Als ihm wegen einer Blutkrankheit ein Bein amputiert werden musste, «durfte» er seine so «hoffnungsvolle» kriminelle Laufbahn als Dieb und Räuber aufgeben und verlegte sich schliesslich auf den Drogenhandel, teils sogar vom Spitalbett aus! Aber auch für kleinere Delikte war er sich nicht zu schade. Einige Beispiele: Missbrauch von Kontrollschildern, Fahren ohne Führerschein und «selbstverständlich» auch Verletzung von Verkehrsregeln. Wie bringen wir diesen «netten» Ausländer wieder los? Nach Mazedonien ausweisen kann man ihn wohl nicht, denn, unsere Hilfswerke, gewisse Anwälte und Richter werden natürlich erklären, dieser «arme» Mann habe ja in Mazedonien mit nur einem Bein kaum Berufschancen und auch die sozialen Leistungen seien dort «unzumutbar». Also was tun? **Ganz einfach: Man bürgert ihn einfach ein und prompt haben wir den Ausländer los, da er ja jetzt Schweizer ist!**

NZZ, 12.3.2008: «Einbrecher vergewaltigt 82-jährige Rentnerin.»

Das Bezirksgericht Zürich hat einen 39-jährigen Algerier wegen Vergewaltigung zu einer Freiheitsstrafe von 6 Jahren verurteilt. Er hatte am 2. Oktober 1998 bei einem Einbruch in Zürich 5 die alte Frau aus ihrem Bett gezerrt und sie auf dem Boden vergewaltigt. Erst nach neun Jahren konnte der Täter anhand von DNA-Spuren überführt werden. Trotzdem streitet er die Tat weiterhin ab. In diesem Fall gab es sogar mehrere DNA-Spuren, die teils aus Einbrüchen stammten. Auch diese streitet er vehement ab. Es ist hinlänglich bekannt, dass Ausländer jeweils glauben, vor unseren Gerichten jeden Mist aussagen zu können. Selbst die Tatsache, dass DNA-Analysen genau wie Fingerabdrücke bei jedem Menschen anders sind und einen Täter mit Sicherheit identifizieren können, schreckt solche Typen nicht ab, stur ihre Unschuld zu beteuern.

NZZ, 19.3.2008: «Männlichkeitswahn am Steuer ausgelebt.»

Zwei junge Kosovaren haben sich am Steuer von PS-starken Autos

Seriöse Integrationsverträge – eine gute Idee!

Verschiedene Länder, insbesondere der EU (z.B. Italien, Spanien usw.) kennen die folgende Regelung bereits oder haben eine solche in Vorbereitung. Ausländer, die sich in einem Land niederlassen wollen, müssen einen Integrationsvertrag unterschreiben. Darin verpflichten sie sich, «die Gesetze und Sitten des Landes anzunehmen und zu respektieren». Das ist zwar für jeden normalen Menschen eigentlich selbstverständlich, aber die Wirklichkeit zeigt, dass dies für sehr viele Leute aus gewissen Ländern und Kulturen gar nicht so selbstverständlich ist. Würde es der

Schweiz mit ihrem enormen Ausländerbestand, davon ein sehr grosser Anteil aus fremden Kulturen, nicht gut anstehen, ebenfalls einen solchen Vertrag unterschreiben zu lassen?

Leider werden unsere Bundesräte, die sich sonderbarerweise «Landesväter» nennen, es nie fertigbringen, so etwas vorzuschlagen oder gar durchzusetzen. Das würde ja an Rassendiskriminierung grenzen oder gar die ebenso oft zitierten wie missbrauchten sogenannten «Menschenrechte» verletzen.

**Anmerkung der Redaktion:
Basel-Stadt hat damit begonnen!**

ein Auto-Rennen mitten durch Zürich-Oerlikon geliefert. Dabei überfuhr der eine, ein 18-Jähriger, der erst seit 14 Tagen im Besitze eines Fahrausweises war, in einem ausgeliehenen BMW ein Rotlicht und rammte dabei einen korrekt fahrenden Volvo. Dessen beide Insassen, ein Mann und eine Frau, wurden schwer verletzt. Der Mann erlitt schwere Hirn- und Halswirbelverletzungen und wird sein Leben lang nur sehr beschränkt arbeitsfähig sein; die Frau wurde weniger schwer verletzt, ist aber sicher nicht mehr voll arbeitsfähig. Sowohl der BMW als auch der Volvo erlitten Totalschaden. Der BMW-Fahrer wurde zu 22 Monaten und 15 Tagen (wie kommen die Richter wohl auf diese 15 Tage? die Red.) verurteilt; davon werden aber nur gerade 8 Monate abgessen, der Rest geht auf Bewährung (!!). Der andere Fahrer, der in einem Alfa-Romeo unterwegs war, erhielt lediglich 11 Monate bedingt. Da er aber im Oktober 2006 vom Bezirksgericht Zürich, ebenfalls wegen Raserei, bereits zu einer bedingten Gefängnisstrafe von 7 Monaten verurteilt worden war, muss er diese letztere Strafe jetzt absitzen. Manche lernens halt nie!

Kurznachrichten aus diversen NZZ-Ausgaben:

19.2.2008: «Exhibitionist in St. Gallen gefasst.» Ein 41-jähriger Nordafrikaner hat in den Jahren 2005 bis 2007 in St. Gallen in mindestens 19 Fällen Frauen und Kinder belästigt. (Es werden wohl etliche mehr gewesen sein, denn gerade in Fällen von Exhibitionismus ist die Dunkelziffer besonders hoch! die Red.)

10.3.2008: «40-jähriger Italiener auf Langstrasse erschossen.» Gleichaltriger Landsmann verhaftet (Untertitel). Der Grund war lediglich ein vorangegangener Streit.

14.3.2008: «10 Monate Freiheitsstrafe unbedingt für 55-jährigen Serben.» Tatbestand: Er hatte einem Restaurantgast eine Flasche an den Kopf geworfen. Treffen wollte er aber «nur einen von vier 15- bis 17-Jährigen. Diese hatten in einem Tram beobachtet, dass der Mann einer älteren Frau das Portemonnaie aus der Handtasche gezogen hatte. Die Jugendlichen verfolgten den Mann, der in ein Restaurant flüchtete und dort seine Kleider gewechselt hatte!

Was die Wirtschaft unter Klimaschutz versteht

In der AZ vom 16.2.2008 war in der Rubrik «Meinung» ein Artikel von Urs Näf, stellvertretender Leiter des Bereichs Wirtschaftspolitik, Bildung, Energie beim Wirtschaftsverband Economiesuisse, zu lesen mit folgendem Titel: «Fürs Klima das Richtige tun» und den, Untertitel «Gegen staatli-

che Eingriffe, die die Wirtschaft schwächen». Der Artikel selber ist nicht relevant, denn der Untertitel allein sagt schon alles. Nach dem unsäglichen Prinzip von St. Florian («Verschone unsere Häuser, zünde lieber andere an») handelt offenbar auch Economiesuisse. Dem ist nichts weiter zuzufügen.

Albanische Bücher zum Deutschlernen?

Die Stadtbibliothek Aarau, bzw. die dort Verantwortlichen, haben eine neueste «Furz»-Idee kreiert (verzeihen Sie bitte diesen Ausdruck, aber wenn Sie den folgenden Text lesen, werden Sie wahrscheinlich keinen höflicheren finden). Laut der Zeitung «Woche» vom 3.4.2008 werden in dieser Bibliothek ab dem 23. April neben den bisherigen 4000 deutschsprachigen Kinderbüchern und 8000 Jugendbüchern und -comics noch weitere 1000 Bilder- und Lesebücher in zehn sogenannten «Migrations-sprachen» ausgeliehen werden können, und zwar je 100 pro Sprache; Albanisch, Serbisch, Kroatisch, Türkisch, Portugiesisch, Spanisch, Tamilisch, Italienisch,

Französisch und Englisch (an der Reihenfolge merkt man schon, welche Sprachen diese Zeitung für die Zukunft der Schweiz als wichtig ansieht! die Red.). Die Begründung laut Renate Ammon von der Stadtbibliothek Aarau ist die folgende (wörtlich):

«Wir wollen fremdsprachigen Kindern im Vorschulalter Bücher und Bibliotheken näher bringen und sie damit beim Deutschlernen unterstützen.»

Sie werden verstehen, dass ich den folgenden halbseitigen Text nicht im Detail gelesen habe. Aber das ist wohl etwas vom Absurdesten, was ich punkto «Integration» bisher gehört habe. Glaubte irgendein halbwegs normaler Mensch daran,

dass Kinder, die z.B. albanische Bücher lesen, dadurch besser Deutsch lernen können? Das Gegenteil dürfte der Fall sein: Wenn schon in unseren Bibliotheken Bücher in allen möglichen Sprachen aufliegen werden, lernt man doch umso weniger Deutsch!

Dass es sich hier zwar anscheinend nur um eine zweijährige Versuchsphase handelt, ist beinahe gleich absurd.

Erstens: Was geschieht mit diesen Büchern, falls es sich, wie zu er-

warten ist, herausstellen sollte, dass diese nichts zum Deutschlernen beitragen? Diese werden doch nicht einfach entsorgt (und wenn doch, was machts aus, die Kosten zahlen ja ohnehin die Steuerzahler!).

Zweitens: Innert zweier Jahre wird man doch unmöglich feststellen können, ob diese Kinder besser Deutsch gelernt haben werden. Das Ganze scheint mir viel eher dazu zu dienen, um die Schweiz noch weiter zu globalisieren!

Sparsame Kleinwagen vor «Offroadern»!



Markus Alder, e. Gemeinderat, Zürich

Die Grünen ärgern sich über die Treibhausgas-Emissionen von Offroadern. Dabei birgt die aus den USA zu uns herüberschwappende «Mode» noch viel direktere Risiken: «Auto Motor und Sport» beklagt in seiner Ausgabe vom 28. Februar die gefährlich schlechten Bremsen des neuen Toyota Landcruiser unter dem Titel «Katastrophale Verzögerungswerte». Der leer immerhin 2,8 Tonnen wiegende Offroadern kommt aus Tempo 100 mit warmen Bremsen erst nach 56 Metern zum Stillstand, während ein vergleichbarer Mercedes GL 420 CDI bereits nach 42 Metern steht. Selbst der veraltete Mercedes (Puch) G steht nach 43 Metern.

Gute Mittelklassewagen sind besser, selbst sparsame Kleinwagen wie der Clio Grandtour TCE 100 mit 37,1 Metern übertreffen den mit 79 000 Euro gar nicht so billigen Fernost-Offroadern deutlich...

Neben verschiedenen Toyota- und Lexus-Modellen fallen auch diverse US-Offroadern wie der Jeep Wrangler und sogar der edle Cadillac Escalade durch schlechte Bremsen auf.

Wenn Fahrzeuge, die immerhin doppelt soviel Gewicht wie ein guter Personenwagen auf die Waage bringen, schlecht bremsen, hat das Auswirkungen auf die Verkehrssicherheit. Da ist auch das angeblich schwächere Blech exotischer Autos ein schwacher Trost. Wir Fussgänger sind weicher und verletzlicher als der billigste Taiwan-Stahl...

Land-, Range-Rover und Mercedes G als Vorbild

Der Unterschied zwischen der Bremsleistung eines schlechten Offroaders und eines guten Personenwagens bedeutet bei Tempo 50, dass der Kuhfänger den Kopf eines Kindes tödlich trifft, wogegen die (Kunststoff-)Front eines guten Fahrzeuges lediglich Respekt einflössen würde... Ein Fahrzeug mit einer maximalen Verzögerung von 10 Metern pro Sekunde im Quadrat (gute Reifen, trockene, saubere Strasse) steht nach Aufbau des Bremsdruckes bei Innerortstempo nach weniger als zehn Metern!



Eine schlechtere Bremsanlage benötigt meist einen höheren Pedaldruck, was den Anhalteweg zusätzlich verlängert. Ebenfalls schwer zu quantifizieren sind Unterschiede bei den Antiblockiersystemen (soweit vorhanden). Diese fallen hauptsächlich bei nicht optimalen Reifen und / oder Strassenverhältnissen ins Gewicht.

Vor 15 Jahren gab es die Mercedes G für die Forstwirtschaft, die Land-Rover für die Arbeitsanhänger und die edleren Range-Rover für die Pferdeanhänger.

Heute gibt es die verrücktesten Vehikel, darunter auch einige sehr gefährliche, für Angeber, von denen viele weder im Gelände, noch mit einem Anhänger zurecht kommen würden.

Man schaue sich an einem Samstag auf dem Parkplatz eines Einkaufszentrums um...

SD-Marktplatz

Suchen Sie etwas? (ein Handörgeleli oder eine/n Freund/in). **Möchten Sie etwas verkaufen, vermieten, verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie uns ihr Anliegen mit. Oder schreiben Sie uns per Briefpost/Postkarte; noch besser per E-Mail. Der zu veröffentlichende Text soll **kurz**

und aussagekräftig sein! Diese **Kleininserate** erscheinen max. 2-mal im «Schweizer Demokrat» und sind für die SD-Familie **gratis**. Normalerweise wird im Kleininserat für die Kontaktaufnahme die **Telefonnummer** des/der Auftraggebers/in abgedruckt. Aber andere Kontaktmöglichkeiten sind auch

möglich (z.B. Postadresse, E-Mail). Bei ganz persönlichen Dingen ist ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil.

In diesem Fall bitte Ihrer Briefsendung an uns Fr. 10.– (Note) beilegen. Wir leiten dann die eingegangenen Briefe an Sie weiter. Bitte Ihre Postanschrift nicht vergessen. Volle Diskretion zugesichert!

Kontaktadresse: SD-Marktplatz, Postfach 1531, 4001 Basel

Tel. 061 262 03 04, Fax 061 262 03 15
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt möglich auf
www.schweizer-demokraten.ch

Wer sucht, der findet!

ZU VERKAUFEN:

Harley Davidson FXD Dyna S, schwarz, Jg. 04.96, ab MFK, 24 000 km, top Zustand, Verhandlungspreis Fr. 13 000.–, Stadt Zürich
Telefon 079 300 62 18

Rover 620 Si, ehem. Direktionswagen, dunkel-grau metalisé, Jg. 1997, 34 000 km, top Zustand, Grund: Abgabe des Führerausweises, Kt. Bern,
Telefon 031 931 46 33

Zinnkanne mit Tableau und 6 Becher. Patentierte und nummerierte Ausgabe zu 700 Jahre Eidgenossenschaft. Verh. Preis Fr. 300.–, Stadt Bern,
Telefon 031 992 40 50

Bio-Knospen Olivenöl und Schweizer Essig von Waldkirch SG, Region Ostschweiz.
Telefon 071 244 72 76,
thomas-fischer@bluewin.ch

Puppenhaus mit 10 Zimmern und Terrasse, sowie Bahnhofstation. 165 cm hoch, 105 cm breit und 70 cm tief. Von vier Seiten geöffnet,

um damit zu spielen. Preis nach Vereinbarung. Region Basel.
Telefon 079 310 27 47 oder 061 271 33 59

GC-Fans aufgepasst: Wunderschöne **GC-Fahne** 100 x 100 cm, Fr. 20.–. Bestellung:
SD, Postfach 8116, 3001 Bern,
sd-ds@bluewin.ch



Rennrad, rot, wie neu, nicht das letzte Modell, Fr. 90.–, daselbst ein **Tourenvelo**, alles in sehr gutem Zustand. Region Innerschweiz.
Telefon 041 397 01 88

3 Paar Ski, Marke Rossignol, inkl. Skistöcke; **3 Paar Salomon-Skischuhe** Grösse 41–43 Salome, wenig gebraucht. Alles zusammen nur Fr. 150.–. Region Innerschweiz.
Telefon 041 397 01 88

2 Kinder-Velos für 2 + 5-Jährige für Fr. 15.– und Fr. 25.–, gut erhalten.

2 Pferdesättel (1 Sport, 1 Western) plus sämtlichem Geschirr, alles zusammen nur Fr. 900.– top Zustand, Region Innerschweiz.
Telefon 041 397 01 88

ZU VERSCHENKEN:

3-teilige Lederpolstergruppe, hellbraun, guter Zustand, muss abgeholt werden, Nähe Sursee LU,
Telefon 041 980 24 92

GESUCHT:

Wir suchen (2 Personen, Nichtraucher, keine Haustiere) **eine ruhige 3- bis 4-Zi-Wohnung in der Stadt Bern**, Miete bis Fr. 2000.–
Telefon 031 352 99 81

Geige für Musikschule, möglichst günstig.
Telefon 041 397 01 88

Schwyzerrörgeli für meine 16-jährige Tochter. Möglichst günstig.
Telefon 062 721 19 91 oder
silvia.bron@bluewin.ch

STELLENSUCHE:

Sympathischer Schweizer sucht im Raum Ost-Schweiz Arbeit: Privatbetreuung, Privatchauffeur, Sozialpädagogischer Helfer, Sekretär, Verkauf (kein Aussendienst,

Callcenter), nach Einarbeitung auch andere Tätigkeiten,
Telefon 077 439 23 54 oder 071 411 00 50

Küchenchef/Alleinkoch (42 J./CH) in ungekündigter Stellung sucht neue Aufgabe. Speditiv, zuverlässig, kostenbewusst, Liebe zum Detail; dies alles ist mir wichtig!
Kt. Zürich/Umgebung.
Telefon 043 536 75 26

Ich suche im **kaufm. Bereich eine Stelle mit einem 50–80% Pensum**, da ich die HFW (Höhere Fachschule für Wirtschaft) besuche. Raum AG/BS/BL.
Telefon 062 871 31 25,
domis@gmx.ch

ALLERLEI:

Ich suche **SD-Mitglieder und -Sympathisanten aus dem Oberthurgau** für gelegentlichen Stammtisch, Meinungsaustausch, Grillabende oder Freundschaft. Interesse geweckt? Dann meldet Euch unter:
schweizer.demokrat@bluewin.ch

Veranstungshinweise der SD-Sektionen



Bezirke Baden / Brugg / Zürzach:
Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettlingen

Aargau West:

Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau

Fricktal: Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rössli, Eiken



Sektion Reinach und Umgebung:
Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr im «Reinacherhof»



Kantonalpartei Basel-Stadt:
Jeden 1. Montag im Monat Stamm ab 19.30 Uhr im Rest. Münchenerhof, Riehenring 75, in der Nähe der Tramhaltestelle Messeplatz



Innerschweiz:
Jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern



Stadt Bern:
Jeden letzten Dienstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern.

Sektion Köniz:

Jeden 1. Freitag im Monat im Restaurant Brunnenhof, Köniz

Sektion Berner Oberland:

Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg

Sektion Thun/BeO:

Jeden letzten Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Neufeld, Buchholzstrasse 29, 3604 Thun



Sektion St. Gallen:
Jeden 1. Mittwoch des Monats: Stamm ab 19.30 Uhr im Stali des Restaurant Hirschen, an der Rorschacherstr. 109, St. Gallen, Bus Nr. 1, Haltestelle St. Fiden



Sektion Hinwil:
Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bahnhofplatz, 8340 Hinwil (Kegelbahn)

www.schweizer-demokraten.ch

Anlässe melden an: sd-ds@bluewin.ch

ART SAVOUR VARGA

Irene Varga aus Berg SG stellt aus:



17.03.-16.05.2008 Kantonsspital SG
St. Gallen, Olmahalle 3.1
www.artoffer.com/Art-Savour-Varga

Farben und Malerzubehör

- ☉ Stall-Farben (druckreinerfest, 1- und 2-Komponenten)
- ☉ Lebensmittellager-Farben, zum Beispiel für Käse-/Obstlager (atmungsaktiv)
- ☉ Wohnbereich-Farben/Edel-Lasuren für innen und aussen
- ☉ Fassadenfarben mineralisch

Alle Farben nach neuesten, ökologischen Kenntnissen in der Schweiz hergestellt. Frei von Lösungsmitteln und flüchtigen Toxiden. (Technische Merkblätter erhältlich)

☉ **Engros-Preise, Beratung (auch bauseits) und Lieferung gratis – ganze Schweiz!**

Profitieren Sie von diesem Service – Kosteneindämmung

★★★★ 10 Jahre ★★★★★

YUKON-SYSTEMS

C. & S. Eberhart, Burgstr. 55, 8570 Weinfelden, Tel. 071 622 35 40, Fax 071 622 35 49

Abdankung des Schweizer Volkes?

Unter der Überschrift «Der Staat ist keine Maschine» veröffentlichte die «Neue Zürcher Zeitung» vom 22./23. März 2008 einen längeren Artikel, in welchem das beunruhigende Geburtendefizit der einheimischen schweizerischen Bevölkerung beschönigt und der Aufruf in den 1930er-Jahren für eine grössere Kinderzahl aus dem Munde von Philipp Etter, dem katholisch-konservativen Bundesrat aus dem Kanton Zug, der Lächerlichkeit preisgegeben wurde. Als Panikmache bezeichnete dasselbe Blatt auch die «Gebärrappelle eines Pascal Couchepin oder einer Micheline Calmy-Rey» (Zitat). Gewiss, man mag von diesen beiden Mitgliedern unserer Landesregierung halten, was man will. In den meisten Bereichen haben sie das Heu nicht auf derselben Bühne wie die «Schweizer Demokraten». Doch im Hinblick auf die **rückläufige demographische Entwicklung unseres Volkes** sind deren **Aufrufe für eine grössere Geburtenzahl** nur allzu berechtigt. Was haben der Freisinnige und die Sozialistin ausser der französischen Muttersprache sonst noch gemeinsam? Beide sind römisch-katholisch und stammen aus dem Wallis, dem Kanton mit den höchsten Kinderzulagen.

Die «NZZ» räumt zwar ein, dass, obwohl die Geburtenrate 2007 im Vergleich zum Vorjahr wieder ganz leicht gestiegen ist, die gegenwärtige Gebärleistung der Schweizerinnen noch lange nicht ausreicht, um die heutige Bevölkerungszahl zu reproduzieren. Das Blatt schweigt sich darüber aus, ob dieser leichte Anstieg der einheimischen oder der zugewanderten Bevölkerung aus fremden Kulturkrei-

sen zuzuschreiben ist, und warnt vor Schwarzmalerei: «Vorsorgliche Panikmache mit der Demografiefrage ist auf der Politbühne vielleicht attraktiv, weil sich daraus – wie bei anderen prognostizierten «Katastrophen» – leicht politisches Kapital schlagen lässt. Doch Panik ist nicht angezeigt. Den modernen liberalen Staat geht das Reproduktionsverhalten seiner Bürger ohnehin nichts an. Denn die Bürger gehören nicht dem Staat, es ist genau umgekehrt. Die Bürger sind – zumal in einem direktdemokratischen System – selbst der Souverän. In dieser Funktion haben sie theoretisch sogar das Recht, **durch ihr Verhalten ihr eigenes Aussterben zu beschliessen**, sofern sie das wollen. Kinder «für das System» zu fordern – sei es zum Erhalt eines Volkes oder zur Sicherung der Renten –, hat nicht nur deshalb einen unmoralischen Beigeschmack, weil es ganze Generationen menschlicher Existenzen verzwecklicht, es zeugt auch von einem autoritären Staatsverständnis.»

Nachwuchs zur Sicherung der Altersrenten?

Die dem Freisinn, einer sich gern staatserhaltend und bürgerlich nennenden Partei, nahestehende grosse Tageszeitung scheint das Überleben unseres Volkes als Schicksalsgemeinschaft mit seiner kulturellen Vielfaltigkeit – was nichts mit Multikulti zu tun hat –, Geschichte und Tradition, völlig egal zu sein, da sie die Thesen des in Freiburg lehrenden Finanzwissenschaftlers Reiner Eichenberger übernimmt. Dieser bestreitet ausdrücklich, dass allein eine höhere Geburtenrate die Renten quasi automatisch bis in die ferne Zukunft sichern kann, und meint, dass, rein finanziell betrachtet, der Durchschnittsbürger mehr koste, als er während seines Lebens wieder einbezahlt. Deshalb sei von einer Fertilitätspolitik abzuraten. Eichenberger hat insofern recht, als dass einzig vermehrter Nachwuchs zur Sicherung der Altersrenten nicht genügt. Eine wichtige Rolle spielt auch die Wirtschaftslage, die



Schweizer Kinder braucht das Land!

sich immer wieder ändern kann. Die NZZ glaubt, mit folgendem Rezept aus dem Dilemma in Sachen Rentensicherung zu kommen: «Für die Alterssicherung in der alternden Gesellschaft ist daher nicht die Fertilität zu fördern, sondern die spätere Produktivität der vorhandenen Kinder. Denn es ist nicht relevant, wie viele Aktive der einst rein rechnerisch für einen Rentner werden aufkommen müssen; viel entscheidender ist ihre Produktivität. Diese zu fördern, heisst, in eine gute Bildung zu investieren; die gut ausgebildeten Jungen zu halten, heisst, attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen.» Die Schweizer – ein einziges Volk von Kaderleuten und Managern mit Spitzensalären, dafür aber nur wenigen Kindern? Eine Schreckensvision! Hat jeder Schweizer überhaupt die nötigen Anlagen zum wirtschaftlichen Aufstieg? Wer soll die weniger gut angesehenen und minder bezahlten Tätigkeiten verrichten? Etwa Zuwanderer aus Drittweltstaaten mit hohen Geburtenraten? Darüber schweigt sich die «NZZ» aus. Die von ihr vertretenen Thesen, sollten sie in die Tat umgesetzt werden, bedeuteten den Volkstod!

Türkei: Kinder, ein Segen Allahs

Machen wir zum Abschluss einen Abstecher in die Türkei. Wie die welsche Tageszeitung «Tribune de

Genève» vom 13. März 2008 berichtete, hatte der Premierminister Recep Tayyip Erdogan anlässlich des internationalen Tages der Frau seinen «Landsmännchen» angeraten, **mindestens drei Kinder** auf die Welt zu stellen, **um einer Überalterung** der türkischen Bevölkerung **vorzubeugen**. Erdogan, selber Vater von vier Kindern und praktizierender Muslim, sagte, dass Kinder ein Segen Gottes seien und bedauerte, nicht deren mehr zu haben. Zur zukünftigen demographischen Entwicklung führte er aus: «Unsere Bevölkerung ist jung, aber falls die gegenwärtige Tendenz andauert, werden wir nach dem Jahr 2030 zu altern beginnen. Dies ist eine Bedrohung. Wir müssen ein Gleichgewicht aufrechterhalten.»

Laut amtlichen Schätzungen hat die Türkei heute etwa 71 Millionen Einwohner und wird bis zum Jahr 2030 deren 95 Millionen zählen. Anschliessend wird die Bevölkerung nach und nach abnehmen.

Erdogan als weitsichtiger Staatsmann stellt bereits heute die Weichen, um einer Verminderung der Volkssubstanz vorzubeugen. Eine von Verantwortung für das Gedeihen seines Volkes geprägte Handlungsweise, die unseren Politikern unter der Bundeshauskuppel zu Bern, von ein paar wenigen Ausnahmen abgesehen, völlig abgeht!

Max Morf



Helvetia 2050

Das Problem der sektoriellen Wahrnehmung



Der Monatskommentar von Valentin J. Oehen, e. Nationalrat

Aus der Psychologie ist wohlbekannt, dass der Mensch zwar alles was an seine Sinnesorgane dringt, wahrnimmt – aber nur zur Kenntnis nimmt, was in Übereinstimmung mit den eigenen Glaubenssätzen steht. Diese **Glaubenssätze** aber sind das Produkt des reflektierten Bewusstseins. Sie steuern, erzeugen, zentrieren und zügeln die **Gefühle**. Diese wiederum bestimmen unsere Reaktionen auf neue durch die Sinnesorgane übermittelte Informationen. **Der Bewusstseinsinhalt** eines jeden Menschen setzt sich aus passiv erlittenen und aktiv erworbenen Informationen zusammen.

Diese Tatsachen sind der gesamten Werbeindustrie wohl bekannt. Sie erklären die Erfolge nachhaltiger Werbung, die allzu oft als objektive Tatsachen-Darstellung daherkommt, obwohl sie – nicht selten – auf Lügen und Täuschungen basiert. Wichtig für ihre Wirkung ist die Nachhaltigkeit, womit sie zu einem Erfolgsfaktor des finanziell stärkeren Players wird. Je weniger dieser im Umgang mit der Wahrheit Skrupeln hat, umso sicherer sein Erfolg. In unserer konsumorientierten Gesellschaft ist wohl den meisten Zeitgenossen bewusst, wie sehr ihre Wahl der Konsumgüter durch die Allgegenwart einer aufdringlichen Reklame über den oben skizzierten Weg bestimmt wird.

Viel weniger bewusst ist es dem Durchschnittsmenschen, dass seine Weltsicht über denselben Mechanismus durch die potenten Gestalter der Mächtigen dieser Erde bestimmt wird.

Der manipulierte «homo politicus» des Westens!

Seit Jahrzehnten wird uns eingehämmert, wir hätten Frieden und Wohlstand den USA zu verdanken. Die braven GI's hätten den alten Kontinent vor den Schrecken eines verbrecherischen Regimes (Nazi) befreit und unter riesigen Opfern die Zivilisation des Westens vor den Barbaren (Kommunisten) bewahrt. Und unreflektiert wurden diese tausendfach wiederholten Aussagen zu Glaubenssätzen geformt, die nur noch sektoriell neue

Informationen aufzunehmen erlauben.

Unser Sehnen nach Frieden und Gerechtigkeit, nach Glück und Stabilität in einer Welt voller Liebe wird wie ein Laserstrahl auf das Wort USA gerichtet. Damit wurde und wird die Konditionierung der Massen soweit getrieben, dass alles was den Stempel «made in USA» trägt unbesehen mit den Adjektiven «gut» und «wahr» verbunden wird. Alles was vom Gegenpol kommt – also aus China, Russland, Persien oder generell aus der moslemischen Welt wird à priori als rückständig, feindlich, ja verbrecherisch und böse qualifiziert.

Damit ist die Voraussetzung gegeben, dass viele Erscheinungen in unserer Welt völlig verzerrt wahrgenommen und Gefühle ausgelöst werden, die wenig oder nichts mit der Realität zu tun haben.

Der Fall Kosovo und die schweizerische Neutralität

Es gibt klare, international anerkannte Regeln, die als Voraussetzung für die Gründung eines selbstständigen Staates gelten. Der Kosovo erfüllt diese Regeln nicht. Insbesondere wurde er gewaltsam seinem Mutterland «Serbien» entrissen und damit dessen territoriale Integrität schwerstens verletzt. Ein Vorgang, der peinlich an Palästina erinnert.

Trotzdem beeilte sich die schweizerische Aussenministerien, diesen Unrechts-Staat schleunigst anzuerkennen. Was ist der Hintergrund-Beweggrund?

Die offizielle – nach dem klaren Mehrheitswillen des Volkes angeblich immer noch neutrale Schweiz – bemüht sich überall – besonders seit Ogis unseliger Amtszeit – dem imperialistischen Freund, den USA zu Diensten zu sein. Und der Kosovo ist für die USA ein wichtiger Stützpunkt zur Sicherung sei-

ner südosteuropäischen Machtpositionen. Die USA haben dort mit dem «Camp Bondsteel» die grösste amerikanische Militärbasis in Europa aufgebaut – und nota bene – dies noch während der Zeit als Kosovo ein unbestrittener Teil des souveränen Serbiens war. (Verstehen Sie jetzt wieso das alte Jugoslawien so verteuftelt und schliesslich zerschlagen werden musste?!) Ende März wurde nun offiziell mitgeteilt, dass der Kosovo unter dem Regierungschef Thaci mit amerikanischen «Verteidigungsdienstleistungen und Verteidigungsartikeln im Wert von rund 2 Milliarden Dollar beglückt werde». Und der US-Präsident Bush behauptete vor der Weltöffentlichkeit kühn, «damit werde die Sicherheit der Vereinigten Staaten gestärkt und der Weltfrieden gefördert!» Haben Sie diese Aussage als wahr hingenommen? Wie verzweifelt dies an die Rolle Israels als Pflegekind der USA erinnert!

Jetzt braucht man nur noch zur Kenntnis zu nehmen, dass schon seit Jahren bekannt ist, dass die Politgrössen des Kosovo (Halits, Thaci, Haradinaj) auch die Chefs der organisierten Kriminalität im Balkan sind.

Es lohnt sich, an dieser Stelle aus einem Artikel von Prof. Dr. Albert A. Stahel und Claudine Nick zu zitieren, der die ganze Fragwürdigkeit unserer angeblich aktiven «Neutralitätspolitik» aufzeigt.

Unter dem Titel «Eine US-Gabe der besonderen Art» lesen wir dort (Zitat): «Der russischen Regierung ist die Verstrickung der US-Politik in den afghanischen Rauschgifthandel seit Langem bekannt, und die russische Regierung erkennt auch sehr genau, worum es eigentlich geht: nicht nur um sehr viel Geld für dunkle Geschäfte der US-Politik sondern auch um den gezielten Versuch einer Destabilisierung ih-

res Landes mittels enormer Verbreitung des Rauschgifthandels, des Rauschgiftkonsums und der Rauschgiftkriminalität.

Gewisse Regierungen Europas aber scheinen für die Pläne der US-Politik auch noch die Hand zu reichen, eben wie Vasallen, denen das Schicksal ihrer eigenen Völker gleichgültig ist. Oder warum sonst sagen sie so bereitwillig Ja zu einem OK-Staat Kosovo und zu einer weiteren Ausbreitung der OK (Organisierten Kriminalität) und des Rauschgiftproblems in den Ländern Europas? Oder sind auch schon diese europäischen Regierungen unheilbar eng mit der OK verstrickt? Oder tobt auf dem Balkan schon jetzt ein verdeckter und vertuschter kalter Krieg zwischen den USA und der EU?

Immerhin: Manche behaupten, die US-Luftwaffe habe schon 1999 den für die EU günstigen Transportkorridor im nördlichen Serbien gezielt bombardiert und dort wichtige Infrastruktur zerstört, um diesen Korridor weniger nutzbar zu machen und die Position der EU zu schwächen, den von der US-Regierung favorisierten Korridor aber, der südlich von Camp Bondsteel verläuft, geschont. Sollen also die 2000 Eulex-Beamten am Ende doch noch gegen die Truppen von Camp Bondsteel antreten?

Soweit Prof. A. Stahel!

Lieber Leser, liebe Leserinnen, glauben Sie nicht auch, ihre «Scheinwerfer» müssten neu eingestellt werden?

a. Bundeskanzler Helmut Schmidt – ein unverdächtiger Zeuge!

Anfang März 2008 formulierte Schmidt öffentlich eine Anzahl Fragen an die aktuellen Präsidentschaftskandidaten der USA. Klar, dass ihm diese nicht beantwortet wurden.

Einige dieser Fragen zitieren wir hier, da sie für die Beurteilung der aktuellen Weltlage von brisanter Bedeutung sind.

– Wie ist ihre Strategie für eine friedliche Lösung des seit einem halben Jahrhundert anhaltenden Konfliktes zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn? Werden Sie für die Schaffung eines palästinensischen Staates eintreten, oder bleibt die Konferenz von Annapolis nur eine Episode?

– Nachdem die US-Nachrichtendienste öffentlich festgestellt haben, Iran habe seine Absicht zur atomaren Bewaffnung aufgegeben: Was ist die künftige Politik der USA gegenüber Iran?



Bildaussage je nach Bildausschnitt: irakischer Soldat, umgeben von amerikanischen Soldaten im Irakkrieg 2003 – Foto: AP Photo/Itsuo Inouye, Montage: Ursula Dahmen/Der Tagesspiegel.



Geltendes Völkerrecht oder Recht des Stärkeren?

– Weil ein Viertel aller Staaten islamisch geprägt ist: Werden Sie für religiöse und kulturelle Toleranz eintreten und einem Clash of civilisations entgegentreten?

– Teilen Sie unser Urteil, dass Russland seit Gorbatschow nirgendwo seine Grenzen militärisch verletzt und sich nach aussen friedlicher verhalten hat als jemals in zaristischen oder sowjetischen Zeiten. Sollten die geplanten ABM-(Antiraketen)Stellungen in Polen und Tschechien dem Schutz dieser beiden Staaten dienen und dem Schutz der USA – oder sollen sie lediglich Russland einschüchtern? Akzeptieren Sie die weltpolitische und die weltwirtschaftliche Rolle Russlands?

– Werden Sie Amerikas Verpflichtungen aus dem Atomwaffensperrvertrag erfüllen?

– Wird Ihre Haushalts- und Finanzpolitik anstreben, die hochdefizitäre Aussenbilanz ins Gleichgewicht zu bringen. Wird Amerika aufhören, einen grossen Teil der Ersparnisse und der Kapitalbildung anderer Nationen zu verbrauchen?

– Treten Sie für eine vereinbarte Ordnung und Aufsicht über die hochspekulativen, globalen Finanzmärkte ein?

– Ist die Charta der Vereinten Nationen auch für Amerika geltendes Völkerrecht?

Diese Fragen von A. Bundeskanzler Schmidt – selbst ohne die Antworten zu kennen – verweisen auf beunruhigende Konsequenzen der amerikanischen Machtpolitik. Aber – wir müssen versuchen, eine ganzheitliche Wahrnehmung der Informationen zu erarbeiten.

Wenn zwei dasselbe tun – ist es nicht dasselbe!

Wenigstens nicht in unserer Wahrnehmung! Dieser Tage wurde in der Tagespresse vorwurfsvoll fest-

gestellt, dass China pro Jahr noch immer 8000 Menschen hinrichten lassen (– auf 1 300 000 000 Einwohner = 0,5%) – ein unerträglicher Zustand.

In den USA werden jährlich rund 500 Menschen hingerichtet (auf 270 000 000 Einwohner = 0,2%) – nur wenige Beobachter regen sich darob auf! Einige Gewissensfragen drängen sich auf:

– Wie bewerten Sie die rund 500 000 irakischen Kinder, die wegen der Boykott-Massnahmen der USA und ihrer Vasallen in den 90er-Jahren ums Leben gekommen sind? – Madame Albright bemerkte lakonisch: *Es hat sich gelohnt!*

– Was halten Sie von den Hunderttausenden irakischer Soldaten und Zivilisten, die als Folge der unbestritten ungerechten Kriege gegen den Irak ihr Leben verloren?

– Was denken Sie über die Verseuchung des Balkans, des Irak und von Afghanistan durch Uran-Geschosse der Amerikaner und ihrer Verbündeten?

– Wie werten Sie die seit Jahren durch die Israelis praktizierten «gezielten Tötungen» palästinensischer Führungsleute, die sich dem israelisch/amerikanischen Machtanspruch widersetzen?

Schlussbemerkungen

Mit den obigen Anregungen, unsere eigenen Reaktionen auf die eingefärbten Wahrnehmungen zu überdenken, möchte ich keineswegs nur die Vergehen der amerikanischen Imperialisten herausstreichen. Aber es ist ein Appell, unsere Wahrnehmungen und die daraus folgenden Wertungen kritisch zu betrachten.

Wie notwendig dies generell ist, zeigt die jüngste Kampagne in den Massenmedien gegen die übertölpelte SVP, die ihre Schmach nicht einfach schlucken will.

– Da kann ein Stadtpräsident von Bern nicht mehr unterscheiden zwischen Kultur und Politik;

– zugunsten eines Intrigantenpaares Schmid/Widmer mobilisieren genau jene Frauen, deren Parteien mit Hohngelächter die gelungene Abwahl von Bundesrat Blocher in aller Öffentlichkeit feierten.

– Plötzlich melden sich zahlreiche Stimmen für Fairness und menschenwürdige Behandlung all jener, die während Jahren keine Skrupeln hatten, über die Verteufelungen eines potenten Magistraten zu grinsen.

Es wäre gut, würden die eingangs geschilderten Zusammenhänge überlegt und entsprechend vorsichtig mit seinen eigenen Gefühlen und Reaktionen umgegangen.

Kanton Tessin

SD-Wahlerfolg im Tessin!

Von den etablierten Medien völlig unbeachtet, haben im Kanton Tessin vor zwei Wochen vier Aktivisten der Democratici Svizzeri (DS) aus dem Stand den Sprung in drei Gemeindeparlamente geschafft, und zwar in

Morbio Inferiore der DS-Präsident **Riccardo Valsangiacomo** und zusätzlich **Terence Pieroni**.

In **Savosa**: **Marco Mantegazza** und in **Veza**: **Roberto Nava**.

Lediglich in Lugano, wo die DS ebenfalls mit drei Vertretern kandidiert hatte, gingen wir leider leer aus. Hier hat vor allem die Lega dei Ticinesi mächtig abgeräumt. Im Tessin wurde die DS insbesondere ins Leben gerufen, um den Natio-

nalgesinnten eine soziale Alternative zur stark wirtschaftsliberalen Tessiner UDC/SVP zu bieten. Ähnliche Entwicklungen gibt es auch im Kanton Genf, wo jüngst die DS Genève gegründet wurde. Auch hier gibt es zahlreiche Parteiwechsler von der UDC/SVP und dem Mouvement citoyens genevois. Pikantes Detail: **Georges Lellier** ist amtierender Grossrat (vormals MCG) und der neue DS-Vizepräsident **Tierry Regard** ehemaliger Gemeinderat der PdA... Beide haben erkannt: Sozial geht nur national! Die SD-Parteilitung gratuliert den Gewählten und wünscht diesen viel Erfolg im neuen Amt.

Bernhard Hess, e. Nationalrat, SD-Geschäftsführer

Kanton St. Gallen

Es geht aufwärts!

In spezieller Umgebung – im stillgelegten Kegelbahnsäli des Hotels «Alter Bahnhof» in Gossau – fand unsere 41. Hauptversammlung statt. Leider war unser Aktuar Kurt Koller verhindert, Tagesaktuarin wurde E. Küffer. Präsident Roland Uhler durfte nebst allen Anwesenden auch unsern Gastreferenten Ueli Brasser herzlich begrüssen. Er ist Präsident a.i. der SD Schweiz.

Mit verschiedenen Fragen und Erklärungen ging die Abwicklung der Statuten recht reibungslos über die Bühne. Der Präsident kam in seinem Jahresbericht auf die Nationalratswahlen zu sprechen, für die wir zwar keinen Franken ausgegeben hatten und trotzdem erhielten wir mehr Kandidatenstimmen als vor 4 Jahren.

Bei den Kantonsratswahlen kandidierten wir in den Bezirken St. Gallen, Wil und erfreulicherweise auch mit einem Kandidaten im Toggenburg.

Zu den Finanzen erklärte Kassier Samuel Nielsen, dass leider nicht alle Mitglieder ihren Beitrag regelmässig einbezahlen. Für die Arbeit unserer Kantonssektion wäre dies aber wichtig, denn die Ausgaben wie Portokosten, Flugblätter, Saalmieten usw. zählen sich. Zum Glück erhalten wir auch Spenden, für die er herzlich dankte.

Bei den Wahlen in unsern Vorstand wurden Präsident Roland Uhler,

Kassier Samuel Nielsen und Aktuar Kurt Koller einstimmig bestätigt; ebenso die beiden Revisoren. Es fehlte uns noch der Vize-Präsident: Auf die Frage von Roland Uhler meldete sich spontan Markus Giger für dieses Amt. So ist unser Vorstand wieder vollzählig.

Auf Fragen und auf Wunsch von Anwesenden gab unser Referent gerne einen Überblick über die Situation im Zentralvorstand nach dem Verlust des Nationalratsmandats: Zuerst herrschten tatsächlich Pessimismus und auch Unstimmigkeiten. Das darf aber nicht sein, denn wir kämpfen für unser Heimatland! Jetzt aber bauen wir mit Optimismus den Neuanfang auf. Dazu trifft sich die zentrale Parteilitung alle 2 Wochen zu einer Arbeitssitzung. Es ist schön zu sehen, wie auch die St. Galler Partei engagiert und aufbauend tätig ist. Für das vorbereitete Referat über den Islam blieb kaum mehr Zeit. In Kurzform legte uns Ueli Brasser einige Zitate aus dem Koran und eindruckliche Fakten dar.

Evelyn Küffer, Tagesaktuarin

SD 
Schweizer Demokraten



Kanton Basel-Stadt



SD-Parolen

Deutliches Nein zum gigantischen Hallen-Klotz auf dem Messeplatz!

Unter der Leitung von alt Grossrat Markus Borner stand die diesjährige Generalversammlung im Zeichen der Parolenfassung verschiedenster Vorlagen. Vorgängig ging der Parteipräsident auf die kommenden Grossratswahlen ein: «**Ausländerstopp jetzt!**» lautet der Wahlslogan der Partei. Dieser fand einhellige Unterstützung bei den Anwesenden – sind doch zahlreiche Quartiere der Stadt heute völlig überfremdet!

Um die undemokratische 5%-Hürde bei diesen kantonalen Wahlen zu «nehmen», haben die Schweizer Demokraten mit der Eidgenössisch-Demokratischen Union Basel-Stadt (EDU) ein Wahlbündnis geschlossen. Somit haben beide Parteien gute Aussichten auf Mandatsgewinne!

Bei der Volksinitiative «**Für demokratische Einbürgerungen**» fasste die Versammlung einstimmig die Ja-Parole: «Diese Initiative will, dass Gemeinden Einbürgerungsgesuche ohne Begründung und Rekursmöglichkeiten ablehnen können, da die Einbürgerung keinen Verwaltungsakt darstellt, sondern einen politischen Entscheid, der unanfechtbar ist!» – so alt Grossrat Patrik Cattin in seinen Ausführungen.

Die Volksinitiative «**Volkssouveränität statt Behördenpropaganda**» unterstützten die Anwesenden ebenfalls einstimmig. Ein Votant wies speziell darauf hin, dass die Gegner dieser Initiative nunmehr ein ganz mieses Spiel trieben, indem sie die Initiative im Abstimmungskampf mangels guter Gegenargumente ganz einfach als «Maulkorbinitiative» (gegen den Bundesrat) betitelten!

Beim Verfassungsratartikel «**Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung**» wurde ein einstimmiges Nein beschlos-

sen, da mit solch falschen «Lösungsansätzen» die einfachen Bevölkerungsschichten benachteiligt würden. Es handelt sich hier um eine Mogelpackung!

In der Diskussion zum **Messezentrum Basel 2012** (kantonale Vorlage für baulichen Ausbau der Messe!) vertrat der befürwortende Referent, Grossrat Toni Casagrande (SVP), die Meinung, dass Ausstellungsobjekte heutzutage in modernen Hallen – Besucher- und Ausstellerkonform, sowie zusätzlich mit Eventmöglichkeiten – präsentiert werden müssten. Die Wertschöpfung der Messe könnte mit diesem Ausbau noch optimiert werden, was auch zahlreichen Gewerbetreibenden in der Stadt/Region zugute kommt!

Paul Dilitz, Geschäftsleiter des Basler Heimatschutzes, welcher die ablehnende Seite vertrat, erklärte, dass die historische Achse Mittlere Brücke – Badischer Bahnhof, mit diesem Monsterbau entzweit und der neu entstehende riesige offene Raum – ebenerdig unter dem Hallenkoloss – ein «Unort» würde, wo sich niemand mehr aufhalten möchte; dies im Gegensatz zum heute meist sonnigen Vorplatz!

In der anschliessenden hitzigen Diskussion empfanden es zahlreiche Votanten eigenartig, dass für den Erweiterungsbau der Messe **kein Wettbewerb** ausgeschrieben worden sei (mit dem Ziel, über mehrere Bauvarianten entscheiden zu können!). Zudem sei es unverständlich, dass die Messe Schweiz AG selbst, als börsenkotiertes Unternehmen, kein eigenes Geld in das Bauprojekt einschiesse und demgegenüber der Kanton, der massiv mitfinanziert, bei wichtigen Fragen kaum mitbestimmen kann!

Mit 15:4 Stimmen beschloss die Versammlung klar ein NEIN (bei einigen Enthaltungen!).

Schweizer Demokraten BS

Es besteht aber kein Anlass, der Politik der SP oder auch den falschen, linksextremen Grünen, Sympathie entgegen zu bringen. Die falschen Grünen wollen jedes Pflänzlein, jedes herzige Fröschlein schützen, der Masseneinwanderung öffnen sie aber gleichzeitig Tür und Tor. Gegensätzlicher geht es nicht mehr! Es sind speziell diese beiden Parteien mit ihrer internationalistischen, zerstörerischen Politik, die dem Land enorm schaden. Mehr noch als die CVP mit ihrer hinterhältigen, konfuse Politik und ihren intriganten, arroganten PolitikerInnen. Oder dem richtungslosen FDP-Filz mit seinem eigenartigen Bundespräsidenten! (Z.B. «Mörgele-Affäre»!) Es gibt auch keinen geeinten Bürgerblock mehr, wie im Artikel erwähnt wurde. Das ist vorbei! Die Gegnerschaft unter den Bürgerlichen ist ziemlich irreparabel geworden. Zudem wurden die oft mit der SP paktierenden CVP und FDP vom Wähler empfindlich abgestraft, ohne daraus allerdings etwas zu lernen. Im Gegenteil! Zudem gleicht das Bundeshaus eher einem widerlichen Intrigen-Theater mit 7 absolut schwachen Ministern/Ministerinnen. Viele SP-Wähler sind sogar zur SVP abgewandert, wobei es der SD leider nicht gelungen ist, diese zu übernehmen, obwohl die Zustände dies eigentlich fördern sollten.

Unehrliche SVP

Tatsache ist sicher auch, dass die SVP, früher eine recht erfolglose Partei (BGB) unter der 10-Prozent-Marke, einst alle Vorstösse der Nationalen Aktion im Einklang mit den anderen Grossparteien vehement bekämpft hat. Vor einigen Jahren hat man, unter Christoph Blocher, allerdings (endlich) bemerkt, wo den Bürger der Schuh drückt. Man hat bemerkt, dass die einst viel geschmähten Thesen und Postulate der Schweizer Demokraten eben doch der Wahrheit und dem tiefen Volksempfinden entsprechen. Es dauerte dann nicht lange und plötzlich konnte der erstaunte Bürger ganz andere Töne von Seiten der SVP hören. Plötzlich wurde das hemmungslose, gewaltige Ausländerproblem, vor allen aber dasjenige der Asylanten und der kriminellen Ausländer, sowie die Masseneinbürgerungen traktandiert und angeprangert. Als Blitzableiter, wie richtig gesagt wurde, denn gegen die Masseneinwanderung geht auch die SVP nicht entschieden vor. Man hatte, recht unverfroren, einige Teile des Parteiprogramms der SD einfach «gestohlen» und begann nun, versehen mit genügend Kapital und

recht aggressiver, erfolgreicher Werbung, damit zu wirken. Und siehe da, mit der SVP ging es stetig und steil aufwärts. Sie eilte von Erfolg zu Erfolg. Sicher hat auch die konsequente Ablehnung des EU-Beitritts (hauptsächlicher Verdienst der SVP) und später der Personenfreizügigkeit und Schengen zum Erfolg beigetragen, aber da war die SD ja auch dagegen. Wäre dieser Einsatz zu Schwarzenbachs Zeiten erfolgt, die Schweiz sähe heute anders aus. Nun ist leider vieles schon kaputt, dank dem Eigennutz der Grossparteien. Das grosse Verdienst der Schweizer Demokraten ist unzweifelhaft, dass sie der SVP verschiedene ihrer richtigen Thesen aufgezwungen hat, mit denen diese Partei allerdings nun punktet und massiv vorwärts schreitet. Ob schliesslich alle der gross propagierten Punkte umgesetzt werden, bleibt dabei allerdings sehr zweifelhaft.

Das Wohl des Landes geht vor

Grundsätzlich bleibt bei der heutigen bedenklichen Situation nur eines wichtig: Alle, auch die geringsten Vorstösse, Abstimmungen und Postulate, die dem Wohle des Landes irgendwie dienen, sind pragmatisch zu unterstützen. Es wäre grundfalsch eine Sache abzulehnen, oder gar zu bekämpfen, wenn der Vorstoss (zum Beispiel) von der SVP kommt. Es gilt dabei unbedingt genau abzuwägen oder in Betracht zu ziehen, welche Gruppierung oder Partei dem Land näher steht, wer die Schweiz auflösen, komplett internationalisieren und für einen Pappentitel ans Ausland verscherbeln will. Jene verdienen sicherlich keinerlei Unterstützung von Seiten der SD.

Der SD mangelt es klar an einer (oder mehreren) charismatischen Persönlichkeit(en) wie damals Schwarzenbach eine war. Es mangelt an guten, erfahrenen Politikern. Zur Not portiert man manchmal ungeeignete Leute, die dann mit oder ohne Pauken und Trompeten scheitern und dabei vielfach noch unangenehmen Schaden anrichten. Der letzte gute, engagierte eidgenössische SD-Politiker ist leider vor einiger Zeit in Bern zu Unrecht abgewählt worden. Schlecht für unser Land. Wir jedenfalls müssen sehr auf der Hut sein, dass wir in dieser Situation nicht unter die Räder kommen und zur völligen Bedeutungslosigkeit absinken. Das wäre wirklich unser wichtigstes Bier. Jedoch, wie sagt man richtig? Die Hoffnung stirbt zuletzt!

P. H. Kuhn, Schweizer Demokraten (SD) Bezirk Dielsdorf

Nicht unser Bier?

(Replik zum Artikel im Schweizer Demokrat, März/April 2008)

Aufschlussreich und recht treffsicher war er, der «Bier Artikel» von Christoph Spiess. Zutreffend waren die Ausführungen zur SP und zu deren «Päckli» mit den Wirtschaftsbossen, das dann leider zur damaligen knappen Ablehnung der

«Schwarzenbach-Initiative» geführt hat. Dieses «Päckli» besteht auch heute noch, jedoch eher im Hintergrund, wie so manches. Es ist sicher auch wichtig und Tatsache, dass die Schweizer Demokraten solidarisch und sozial eingestellt sind, wenn es eigene, anständige Miteidgenossen betrifft.



La lex Koller dérange qui?



Mary Meissner,
Vernier

Nos trois belles du Conseil fédéral se font manipuler sans se douter que leurs gesticulations et propositions leur sont suggérées par la mafia. Quelle mafia? Il y en a tellement qu'il est difficile de désigner l'une ou l'autre, mais d'après les offres et capitaux investis, on peut sans beaucoup se tromper penser aux mafieux russes, sino-asiatiques coréens, aux italo-siciliens, etc. Si les côtes espagnoles sont défigurées par des barrières de béton appelées immeubles touristiques, si Naples subi les affres d'un commerce de contre-façons excessif, si notre lex Koller est fortement attaquée depuis notre capitulation devant Schengen, c'est parce qu'elle se dresse entre les spéculateurs mafieux et la population désireuse de garder un patrimoine unique au monde. Tant qu'il s'agit de petits châteaux, d'appartements populaires à la portée de tous, la loi Furgler n'est qu'un gendarme couché à franchir pour obtenir satisfaction, mais lorsqu'il s'agit d'énormes complexes défigurant le paysage et nécessitant des infrastructures disproportionnées par rapport à la fragilité de nos montagnes qui commencent à s'écrouler sous l'érosion d'une humidité croissante, un feu rouge s'allume que nous ne devons pas ignorer. Par exemple en Italie, la Camora et la Cosa Nostra ont été renforcées par les Nuvoletta Polverino qui tiraient leurs revenus du trafic de cocaïne à travers les salons de bronzage et de coiffure. Les énormes sommes accumulées ont été investies grâce à des prête-noms, dans l'achat d'hôtels, d'appartements, de parts dans des sociétés de services, des écoles privées et même des galeries d'art. Les mafieux aux commandes roulent en Ferrari, ne se privent de rien, ont leur jet privé et ne paient pas d'impôts justes. Leur chiffre d'affaires est énorme car ils obtiennent officiellement des marchés

publics dans toutes les grandes villes d'Italie, ce qui représente des milliards d'euros, jamais pris en compte dans la répartition des fonds de l'UE distribués dans une péréquation financière injuste et dispendieuse. Les Nuvoletta se sont délocalisés en Espagne où ils ont bétonné sans état d'âme les plus belles plages, comme le Marna Palace Nocera, construit avec moult piscines pour alimenter le développement du tourisme. (sic)

Partout où cette chienlit s'établit, son premier souci est d'emboîter les personnes les plus susceptibles de devenir des amis, donc des collaborateurs souvent aveugles. Le lavage de cerveau et la manipulation cérébrale est alors facilitée par de gros pots-de-vin qui n'en portent pas le nom, des services amicaux ou des prêts avantageux, ainsi que mille autres façons de circonvenir le pigeon. Pour les lecteurs qui seraient intéressés par le nom des mafieux les plus connus, ils peuvent lire le livre de Roberto Saviano «Gomorra» aux éditions Gallimard.

Toutes ces mafias implantées depuis l'Amérique du Sud, en Europe, jusqu'en Asie en passant par la Russie, ne se font pas la guerre, mais collaborent surtout dans le trafic de la cocaïne, de l'héroïne, et tous les stupéfiants se vendant bien auprès des pauvres humains assez stupides pour se laisser empoisonner et plumer avec délectation.

Mais entasser une fortune papier ne leur suffit plus, alors c'est l'immobilier leur nouveau terrain de chasse, secteur englobant la libre circulation des travailleurs, l'ouverture des frontières aux gens et marchandises, la construction de grandes voies internationales, routes, trains, avions, et maintenant libre circulation des capitaux. Bref on ne sait vraiment plus pour qui l'on travaille vraiment, et les réticences des clients de l'UBS vis-à-vis des milliards du Golfe ou de Singapour reflète bien ce sentiment d'insécurité qui prévaut lorsque l'environnement est dirigé en sous main par des parrains sans scrupules, tissés de non-dits et mité de mensonges.

En s'attaquant à nos paysans, Leuthart est probablement manipulée



par des gens aux arguments fallacieux qui ne visent qu'à atteindre le but suprême des Monsanto, mafieux aussi d'un autre genre, qui ne pensent qu'à modifier génétiquement animaux, plantes, et gens.

C'est comme la nouvelle stratégie des cigarettiers que j'inclus dans la catégorie des mafiosi. Pour contrer la tendance à la suppression des endroits fumeurs en Europe, donc une perte qu'il faut à tout prix compenser et finalement stopper, des experts de toutes professions médicales prétendent que le tabac est un antidote à l'Alzheimer, qu'il développe la mémoire et que la folie peut être guérie grâce à la composition chimique de la nicotine.

Ces nouveaux bobards qui nous viennent des Etats-Unis, ont été prouvés par la réaction positive sur des rats. Cela est d'autant plus extravagant que des rats malades d'Alzheimer est un miracle du XXI^e siècle.

Voilà où va la cupidité liée à la bêtise humaine. Il suffit d'écrire dans des revues spécialisées ou de le clamer sur les ondes, et oups! une majorité de personnes changent leurs habitudes. De la lex Koller au tabac, il n'y a qu'un carrousel qui tourne dans le même sens, imposant par des lois carcans une sorte de totalitarisme étouffant, autorisant spécifiquement tout ce qui n'est pas interdit...

10 hearts in a row.

Nous sommes au regret de vous dire que le journal Démocrate Suisse du dernier mois a dû être supprimé pour cause de difficultés financières. Vous, lecteurs, vous êtes aussi responsables de cet état dramatique, car beaucoup d'entre vous n'avez pas payé le montant de l'abonnement. Nous profitons de cette occasion pour remercier ceux qui, par contre, ont doublé leur versement, mais ils ne sont pas nombreux. Pour l'instant notre parti compte éditer 10 numéros par année, au lieu de 12, car chaque tirage nous coûte environ fr. 11 000.- et nous espérons pouvoir encore pendant quelque temps, vous dévoiler les dessous cachés de la politique contemporaine, tout en ouvrant nos colonnes aux citoyens frustrés qui ont quelque chose à dire. Nous affrontons une époque destabilisatrice où trop de citoyens ne savent plus à quel saint se vouer et notre journal peut et veut vous aider à trier l'ivraie du bon grain, tout en vous prouvant que vous n'êtes pas seuls dans les luttes qui nous attendent. Nous vous remercions d'avance de votre compréhension et nous vous envoyons à tous, nos salutations patriotiques.

Mary Meissner, Bernhard Hess

10 hearts in a row.

Science idéologiquement correcte

L'objectivité, l'honnêteté et l'indépendance font partie des vertus que l'on attend des scientifiques. Mais comme nous ne vivons pas dans le meilleur des mondes possibles, il peut se produire que des scientifiques truquent ou inventent les résultats de leurs recherches pour parvenir plus rapidement à la gloire. Il arrive de même qu'ils soient influencés par des modes, par l'esprit du temps: des scientifiques de droite comme de gauche ont ainsi soutenu par le passé des thèses eugénistes, racistes ou antisémites. Mais la science peut aussi être influencée directement par l'idéologie, lorsque des scientifiques se mettent au service d'une idée et adaptent les contenus et les résultats de leur travail pour les rendre conformes à cette idée. Dans leur livre *Science and ideology* [1], Mark Walker et al. parlent dans de tels cas de «science idéologiquement correcte» et montrent par exemple comment les révolutionnaires français avaient essayé de créer, après 1789, une science «démocratique», c'est-à-dire «non aristocratique». En Union soviétique, il fut question de développer une science «prolétarienne» et l'Allemagne hitlérienne ouvra pour sa part à une science «aryenne».

Droits de l'homme et science

Les rapports entre l'idéologie et la science ont jusqu'à présent surtout été étudiés pour des dictatures ou des régimes totalitaires. Cela signifie-t-il que la démocratie et les droits de l'homme protègent mieux la liberté et l'indépendance des chercheurs? Deux exemples permettent d'en douter:

1) La sévérité de la censure n'est pas nécessairement proportionnelle au niveau de répression politique. L'un des cas de censure les plus intenses a ainsi eu lieu au cours des trois dernières décennies du XXe siècle dans les démocraties anglo-saxonnes: des scientifiques qui étudiaient les différences d'intelligence en fonction du sexe ou de la race ont été violemment pris à partie [2]. Hans-Jürgen Eysenck, Richard Herrnstein, Charles Murray, Philippe Rushton, Richard Lynn ou encore Michael Levin furent les cibles de manifestations, de campagnes de diffamation, de procès, de tentatives de licenciement, de menaces de mort, d'agressions physiques ou d'incendies criminels.

2) Le principe de non-discrimination des droits de l'homme peut engendrer la fraude scientifique: dans son ouvrage *The AIDS-pandemic*

[3], l'épidémiologiste James Chin décrit comment l'ONU et des activistes de la lutte contre le SIDA ont longtemps exagéré les risques d'infection hétérosexuelle en Occident afin d'éviter la stigmatisation des véritables groupes à risques (homosexuels et toxicomanes). Si les révélations de Chin s'avèrent exactes, il s'agirait de l'une des plus importantes fraudes scientifiques de l'histoire et l'on serait indéniablement en présence d'un cas de science idéologiquement correcte.

Le cauchemar de Putnam

Les travaux du sociologue Robert Putnam constituent une illustration supplémentaire de la manière dont l'idéologie des droits de l'homme peut influencer la science: lorsqu'il n'est plus possible de dissimuler des faits idéologiquement incorrects, on s'efforce d'en minimiser la portée.

Putnam est devenu célèbre grâce à son livre *Bowling alone*, consacré à la désintégration du tissu social aux Etats-Unis. Lors de l'étude des causes de ce phénomène, Putnam s'est intéressé entre autres aux effets de l'hétérogénéité ethnique et a découvert que plus celle-ci était élevée, moins la confiance entre les hommes et la cohésion étaient fortes. Putnam avait bouclé son étude dès 2001, mais avait été tellement effrayé par les résultats qu'il décida d'en repousser la publication de cinq ans afin de disposer d'assez de temps pour formuler des arguments positifs en faveur de l'immigration, pourtant à l'origine de l'hétérogénéité croissante. Putnam considérait qu'il serait irresponsable de publier l'étude sans correctif positif. Cela n'empêcha pas le journaliste John Lloyd d'en évoquer les résultats dans *le Financial Times* du 9 octobre 2006. Putnam déclara s'être alors senti trahi et se plaignit qu'il s'agissait là de sa pire expérience avec les médias. Aucune erreur factuelle n'a cependant pu être reprochée à Lloyd [4].

L'épreuve des faits

Maintenant que l'étude de Putnam a enfin été publiée [5], il est possible d'en résumer les principaux éléments. Afin de mesurer les effets de l'hétérogénéité ethnique sur le capital social, Putnam a examiné 41 communautés de tailles diverses dans l'ensemble des Etats-Unis; environ 30 000 personnes ont été interrogées. Dans un premier temps, Putnam a constaté que plus le degré d'hétérogénéité était élevé, moins les différents groupes ethniques se faisaient mutuellement

confiance. L'utilisation de variables supplémentaires (confiance envers les voisins et confiance envers la propre ethnie) a cependant encore mis en évidence que les personnes qui vivent dans des communautés plus hétérogènes faisaient moins confiance à leur voisins – indépendamment de l'appartenance ethnique de ces derniers – que les personnes qui vivent dans des communautés plus homogènes. L'augmentation de l'hétérogénéité ethnique semble donc entraîner la désintégration du tissu social. Pour le dire avec les mots de Putnam: les individus se comportent alors comme des tortues, c'est-à-dire qu'ils rentrent la tête dans leur carapace. Ils font moins confiance aux gouvernements, aux leaders et aux médias locaux; ils votent moins, mais participent plus souvent à des actions de protestation; ils comptent moins sur l'aide de leur entourage; ils sont moins disposés à faire des dons; ils ont moins d'amis intimes; ils sont d'avis que leur qualité de vie a baissé; ils regardent davantage la télévision et considèrent que cette activité constitue leur principal loisir.

Beaux mots

Bien que son étude livre des résultats alarmants, Putnam s'efforce de convaincre le lecteur que l'immigration de masse est un phénomène fondamentalement positif: elle aurait certes des effets négatifs à court et moyen terme, mais n'en reste pas moins payante et désirable à long terme. Putnam souligne à plusieurs reprises à quel point il est important que les pays d'immigration s'ouvrent davantage et intègrent mieux les immigrés. Des immigrés intégrés sont certes préférables à des immigrés non intégrés, mais Putnam ne semble pas s'inquiéter d'un possible dépassement de la capacité d'intégration – un danger réel si certaines prévisions se réalisaient, par exemple en Europe: «Pour maintenir un rapport constant entre le nombre de travailleurs et de retraités, il faudrait faire venir chaque année jusqu'à 3,6 millions d'immigrés [en Allemagne], soit un total de 181 millions de personnes d'ici 2050» [6]. L'intégration pourrait-elle encore fonctionner dans de telles conditions? Les peuples indigènes pourraient-ils subsister à long terme ou seraient-ils remplacés par les nouveaux arrivants? La science idéologiquement correcte ne fournit pas volontiers de réponses à ces questions.

[1] Mark Walker (dir.), *Science and ideology. A comparative history*, Routledge, London – New York, 2003, p. 35–65.

[2] ibidem, p. 26. [3] James Chin, *The AIDS-Pandemic. The collision of epidemiology with political correctness*, Radcliffe Publishing, Oxford – Seattle, 2007.

[4] Steve Sailer, «Fragmented future. Multiculturalism doesn't make vibrant communities but defensive ones» in *The American Conservative*, 15 janvier 2007, p. 7–11.

[5] Robert D. Putnam, «E pluribus unum: Diversity and community in the twenty-first century» in *Scandinavian Political Studies*, Vol. 30 – N° 2, 2007, p. 137–173.

[6] Jonas Lanig et Marion Schweizer, «Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg!» *Rechtsradikale Propaganda und wie man sie widerlegt*, Verlag an der Ruhr, Mülheim an der Ruhr, 2003, p. 23.

Jan Mahnert, Berne,
est un auteur indépendant

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je m'abonne au journal «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.–)

Veuillez m'envoyer des informations sur les activités de notre parti.

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

**Organe officiel des
Démocrates DS
Suisses**

Secrétariat central:
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 974 20 10
Fax 031 974 20 11
sd-ds@bluewin.ch
www.schweizer-demokraten.ch

Le miracle des espaces verts

Quelle ne fut pas ma surprise d'entendre l'autre matin aux informations de la radio suisse romande, que les responsables fédéraux de notre environnement, avaient décidé d'inclure les plantes et les fleurs dans la catégorie des espèces à respecter au même titre que les animaux.

Il aura fallu attendre le 21e siècle pour comprendre enfin, que tout ce qui vit sur terre, jusqu'aux fleurs de pissenlits, doit inspirer le respect. Les Indiens d'Amérique l'ont compris depuis la nuit des temps, eux qui, lorsqu'ils veulent sculpter un totem demandant pardon à l'arbre qu'ils ont choisi de sacrifier. Ils vont même plus loin. Ils s'adressent à un de ses voisins qui prend peur, puis ils se tournent et se précipitent sur la véritable victime. L'arbre pris au dépourvu n'a pas le temps de souffrir. Pour ma part je refuse les bouquets et ne veux aucune fleur à mon enterrement. Je ne cours pas aux défilés de chars fleuris qui sont les tombeaux de milliers de fleurs. Et si un invité m'apporte quand même un bouquet, je meurs lentement chaque jour avec les corolles, les pétales et j'embrasse doucement les calices, les chatons, les étamines et le pistil. Elles durent des semaines, et

celles qui sont parfumées exhalent plus d'odeurs. J'ai compris que les plantes ne peuvent vivre et prospérer que si elles se sentent aimées, et il faut le leur dire en les admirant. Mon aralia qui végétait dans un coin du salon me fit tellement pitié qu'un beau jour de printemps, je le tarabustai en le sortant sur ma terrasse en le suppliant de faire un effort de croissance. Le lendemain matin je vis trois petites feuilles pointer leurs cœur dentelé, et dans la semaine, une explosion se produisit avec tellement de force que je le félicitai chaudement. En automne, je le plantai en pleine terre dans une plate-bande; aujourd'hui c'est un grand arbre vigoureux qui fleurit chaque année.

Lorsque ma petite fille me réclama des histoires avant de s'endormir, j'écrivis et enregistrai une centaine de petits contes du soir dans lesquels il y avait toujours le respect et l'amour dû aux oiseaux, animaux, poissons et toutes les fleurs qu'elles soient de simples pâquerettes ou de magnifiques roses. Aujourd'hui elle travaille à l'Etat dans le département de protection de l'environnement, et elle a fait de son hobby d'enfant, son métier.

Mary Meissner

Bourses = dangereuse politique

Me référant à l'article que j'avais écrit il y a plusieurs années concernant la folie boursière miroir aux alouettes, ce que j'avais prévu arrive comme un tsunami aujourd'hui, à commencer par les énormes pertes bancaires mondiales. Jouer en Bourse revenait à dire et continue à signifier, jouer au poker, au 21 ou à la roulette dans un casino planétaire le tapis vert étant le territoire des pays concernés par les joueurs qui attendent des bénéfices n'ayant rien à voir avec l'intérêt de leurs entreprises. Au milieu de ce chaos qui s'installe partout, seul Nicolas Hayek a le courage de proposer de retirer sa société de la Bourse, car il a compris la nocivité de ce système faisant plus de mal que de bien et n'apportant aucun avantage au groupe horloger.

C'est dommage que tant d'autres entrepreneurs et surtout les start-up's ne jurent que par la Bourse, ressemblant de plus en plus aux jeux de hasard dont le peuple est friand: ils offrent aux meilleurs snipers informaticiens, des millions, sinon des milliards qui alimentent le Grand Casino du mondialisme où siègent des requins ruinant sans scrupule les accrocs qui ne se



rendent pas compte qu'un casino ne perd jamais, et que l'appât du gain est mauvais conseiller, lorsqu'on se souvient des 8 milliards que notre AVS a perdu après avoir été placés en Bourse, il y a quelques années. Dernièrement la banque Générale française elle aussi se trouve destabilisée à la suite des prouesses d'un de ses employés qui croyait jouer sur une console virtuelle... en jonglant avec des milliards d'euros. Ces diverses pertes affectent aussi les propriétaires aux USA avec les subprimes qui dégringolent comme une rangée de dominos sur d'autres établissements bancaires, dont notre UBS. En allant plus loin, un manque de confiance s'installe et les magouilles aidant, dont une recrudescence d'activité des planches à billets, nous allons vers un crack gigantesque ressemblant à la fonte des icebergs et des glaces de nos Pôles.

Maria de Seimners

Qu'est-ce que l'intégration

Cette semaine nous avons eu droit à plusieurs articles, discussions et même Infrarouge à la TV pour nous expliquer ce qu'est l'intégration des étrangers, surtout ceux qui demandent la naturalisation. Or, comme de bien entendu, l'habitude étant de rester dans le vague concernant ces cruciales questions, le flou artistique n'a pas été effacé, et je me demande pourquoi nos partis et celui qui a lancé l'initiative, n'impriment pas clairement une liste complète des conditions permettant d'accepter de nouveaux citoyens vraiment intégrés soit:

1. Comprendre et savoir parler la langue du pays
2. Ne pas concocter en famille des mariages forcés
3. Ne pas exciser les filles
4. Ne pas interdire la mixité dans les piscines
5. Ne pas obliger les filles à sortir voilées ou couvertes de burqas
6. Leur permettre de conduire une voiture
7. De suivre des études jusqu'aux divers diplômes
8. De ne pas les lapider ou assassiner en cas d'écart sexuels

9. Ne pas s'arrêter en pleine rue pour dérouler un tapis de prière
10. Ne pas exiger des carrés séparés dans nos cimetières
11. Eviter l'égoïsme massif des moutons au ramadan surtout dans les baignoires
12. Ne pas dealer ou avoir eu des contacts avec la drogue
13. Avoir en quelque sorte un casier judiciaire vierge

Si les étrangers répondent selon les droits helvétiques et de conséquence, aux droits de l'homme, il n'y a pas de raison de refuser leur intégration.

Si les Suisses ne veulent pas créer dans le futur des conflits dangereux, des rancœurs létales et une méfiance accrue envers leurs députés, ne serait-il pas temps de prendre le taureau par les cornes? Continuer à ne pas expliciter comme disent les socialistes le processus de naturalisation, c'est vouer à l'échec toute procédure quelle qu'elle soit.

Maria de Seimners



Bourquini – Intégration

Deux poids, deux mesures

Pour marquer son soutien à la cause tibétaine, le maire socialiste d'Onex/GE a fait hisser le drapeau tibétain à l'entrée de la salle communale. Son attitude est symptomatique de celle de l'ensemble de la gauche. En se focalisant sur la question des droits de l'homme, elle passe à côté d'un point non moins important: le conflit qui secoue le Tibet est aussi une réaction nationaliste des Tibétains contre la politique de sinisation de Pékin, c'est-à-dire contre une politique d'immigration qui fait progressivement des Tibétains une minorité dans leur propre pays. Or, je m'étonne du soutien que la gauche, convaincue de l'égalité et de l'interchangeabilité des hommes, apporte à ce nationalisme: lorsqu'un politicien européen remet en cause le bien-fondé de l'immigration, elle lui tombe dessus à bras raccourcis. Pourquoi cette politique du deux poids, deux mesures? On me rétorquera: la situation n'est pas comparable, les Tibétains subissent contre leur gré l'immigration chinoise. En va-t-il autrement en Europe? Depuis des décennies, la plupart des peuples d'Europe occidentale subissent eux aussi une immigration de masse sans qu'on leur ait jamais demandé



leur avis; lorsqu'ils osent manifester leur mécontentement, on les rappelle à l'ordre. Si la gauche était cohérente, elle ne devrait pas soutenir le nationalisme des Tibétains, mais au contraire leur vanter les bienfaits de l'ouverture à l'autre...

Jan Mahnert, Berne

Jeu de mots

Dans le placard où l'on classe les articles copiés-collés, mensongers ou non contrôlés, on trouve les derniers commentaires en date sur l'affaire Widmer Schlumpf. Pas un seul journaliste n'a évité de dire que cette Grisonne a été élue démocratiquement, par les membres du gouvernement. Or les faits avérés prouvent qu'il y a eu complot pour éjecter Christoph Blocher du Palais fédéral et que Widmer Schlumpf magouillait depuis pas mal de temps avec les socialistes. Si cette façon de faire ne s'appelle pas comploter, que vient faire le mot démocratique dans tout ça. C'est jouer avec les mots pour essayer de convaincre les lecteurs du bien-fondé de l'élection de cette Grisonne.

Octopus

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)

www.schweizer-demokraten.ch
sd-ds@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:

Bernhard Hess, e. Nationalrat,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)

Rudolf Keller, Präsident
SD Basel-Land, Frenkendorf

Dr. Jean-Jacques Hegg,
Dübendorf (Leben und Umwelt)

Dr. Dragan J. Najman, Baden

Friedrich Auf der Maur, Volketswil

SD-Parolen zu Eidg. Abstimmungen vom 1. Juni 2008:

– Ja zu demokratischen Einbürgerungen

– Ja zur Initiative «**Volkssouveränität statt Behördenpropaganda**»

– Nein zum Gesundheitsartikel

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten (SD) **befürwortet** sowohl die Initiativen «**Für demokratische Einbürgerungen**», wie auch das Volksbegehren «**Volkssouveränität statt Behördenpropaganda**» einstimmig.

Hingegen **lehnen** die SD den Verfassungsartikel «**Für Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Krankenversicherung**» grossmehrheitlich ab.

Insbesondere befürchten die SD bei dieser Vorlage den Startschuss

zu einer Total-Privatisierung des Gesundheitswesens und eine weitere Entsolidarisierung der Gesellschaft.

*Schweizer Demokraten (SD),
Bernhard Hess, e. Nationalrat,
SD-Geschäftsführer*

Argumente für die Einbürgerungsinitiative

1. Schluss mit schädlichen Masseneinbürgerungen

Die Einbürgerungszahlen zeigen, dass die Schweiz mit ihrer heutigen Einbürgerungspolitik eine Verschleuderung des Bürgerrechts betreibt. Nur das Volk kann durch demokratische Entscheide einen Ausverkauf des Schweizer Passes und damit unserer Identität verhindern.

2. Keine Einbürgerung von Kriminellen oder Sozialhilfebezüglern

Die Einbürgerung krimineller Ausländer muss verunmöglicht werden. Kaum ein Krimineller oder Sozialhilfebezüglern würde die Hürde eines demokratischen Volksentscheids schaffen. Die Bürger müssen selber entscheiden können, ob sie Ausländern den Schweizer Pass geben wollen, die vom Staat und damit von Steuergeldern abhängig sind.

3. Keine Einbürgerung von nicht integrierten Ausländern

Die Einbürgerung soll stets der letzte Schritt der Integration darstellen – und nicht der erste. In einer Gemeinde können die Einwohner am besten beurteilen, ob sich der Gesuchsteller in das Gemeindeleben integriert hat oder ob er sich davon distanziert. Nur seine direkte Umgebung, also seine Mitmenschen in der Gemeinde sind somit in der Lage, über seine Einbürgerung zu entscheiden.

4. Gemeindeautonomie stärken

Das Bundesgericht will den Gemeinden vorschreiben, nach welchen Verfahren einzubürgern sei. Damit überschreitet es seinen Kompetenzbereich und unterläuft das föderalistische System der Schweiz. Die Frage, wie und wem eine Gemeinde ihr Bürgerrecht erteilen will, muss sie ganz autonom entscheiden können.

5. Rechtssicherheit wiederherstellen

Nach den irreführenden Bundesgerichtsurteilen herrscht in vielen Gemeinden Verwirrung über die tatsächliche Gesetzeslage. Aus diesem Grund haben viele Gemeinden und Kantone ihre Bürgerrechtsgesetze angepasst, ohne dass dies

nötig gewesen wäre. Die Volksinitiative für demokratische Einbürgerungen regelt die Zuständigkeiten der Gemeinden und schreibt in der Verfassung fest, dass der Einbürgerungsentscheid ein demokratischer Entscheid ist. Daran muss sich auch das Bundesgericht halten.

6. Bewährte Tradition weiterführen

Unser direktdemokratisches Einbürgerungsverfahren entspricht der seit Generationen praktizierten Einbürgerungstradition und ist Bestandteil unseres direktdemokratischen Systems. Es hat sich in der Vergangenheit stets bewährt und war bis zu den Bundesgerichtsurteilen unbestritten.



Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch



Spende gegen Masseneinbürgerungen

Im laufenden Jahr sind für uns Schweizer Demokraten (SD) zwei politische Ereignisse von höchster Priorität: Im zweiten Halbjahr das Referendum gegen die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien sowie gegen die Weiterführung der EU-Personenfreizügigkeit, wo wir

federführend sein werden. Doch vorher gilt es am 1. Juni 2008 der «Einbürgerungsinitiative» zum Durchbruch zu verhelfen. Wir sind deshalb ganz dringend auf Ihre Unterstützung angewiesen und versichern Ihnen, dass Ihre Spende ausschliesslich für den Kampf gegen Masseneinbürgerungen ver-

wendet wird. Für Ihre ideelle und materielle Unterstützung danken wir von Herzen.

*Ihre SD-Parteileitung
Ueli Brasser, Gemeinderat,
SD-Zentralpräsident a. i., Zürich;
Bernhard Hess, e. Nationalrat,
SD-Geschäftsführer, Bern*